

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M., Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Interaten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf., Glasvorrichtungen ausgeschlossen. • Postfach-Ronto Hannover Nr. 57813. • Giro-Ronto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktorstr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Hiltverband Bochum.

Was wird in Deutschland?

Die Parteien im neuen Reichstag.

	Sitze	Stimmen
Sozialdemokraten	133 (136)	7 955 245
Nationalsozialisten	230 (110)	13 732 779
Kommunisten	89 (78)	5 278 094
Zentrum	76 (69)	4 586 501
Deutschnationale	36 (42)	2 172 941
Bayerische Volkspartei	20 (19)	1 190 453
Deutsche Volkspartei	7 (27)	434 543
Deutsche Staatspartei	4 (16)	371 378
Christlich-Soziale	4 (21)	364 749
Deutsche Bauernpartei	2 (—)	137 081
Wirtschaftspartei	2 (21)	147 061
Landbund, mit Listenverbindung	2 (3)	96 859

In der vorstehend aufgezeigten Gruppierung marschieren die Klassenfronten im neuen Reichstag auf. Es wurde ein selten hartes Ringen um diesen Aufmarsch ausgetragen und man darf wohl sagen, daß keiner der großen Heerführer mit dem Resultat ganz zufrieden sein wird.

Rein zahlenmäßig gewertet, scheinen die Nazis zwar einen großen Sieg errungen zu haben. In Wirklichkeit aber sind unter Umständen gerade sie es, die die Schlacht verloren, weil ihr ganzes Wirken und Zielstreben auf die Erringung der Mehrheit und Alleinherrschaft eingestellt ist und war.

Ihre diesbezüglichen Hoffnungen sind vorerst nicht erfüllt worden. Ohne Zentrum oder Bayerische Volkspartei können sie nicht regieren, selbst wenn sich die ganze übrige bürgerliche Parteienfront ihnen anschließen würde. Ob nun zwischen diesen Gruppen eine Koalitionsbindung zustande kommen wird, oder ob sie zu einer gemeinsamen Tolerierung der jetzigen Regierung bereit sein werden, oder ob eine der Gruppen tolerieren wird, während die andere sich aktiv an der Regierung beteiligt, steht noch nicht fest.

Die Nazis haben jedenfalls weder zu dem einen noch dem anderen große Lust. Ihr Bestreben ist nach wie vor, auch gegen Verfassung und Staatsordnung, die Diktaturherrschaft an sich zu bringen.

Und in der Tat, es bleibt ihnen nur die Wahl, entweder zu versuchen, diese letztere Absicht irgendwie zu verwirklichen oder aber sich mit offener Verantwortung zu belasten, die einer offenen Stellungnahme für oder gegen die jeweilige Regierungspolitik einerseits oder für oder gegen die parlamentarische Parteienpolitik der Linken andererseits entspringen wird.

Machen sie den Versuch, sich gegen Verfassung und Recht die Allein- und Diktaturherrschaft zu erringen und es gelingt ihnen, dann ist jegliche Weiterkombination überflüssig und wir bekämen dann — wenigstens auf Zeit — die „Segnungen des Dritten Reiches“ zu spüren.

Gelingt ihnen das aber nicht, sei es, weil die verantwortlichen Staatsorgane das schon nicht dulden wollen oder sei es, daß die Arbeitererschaft sich zu entschlossener und erfolgreicher Abwehr zusammenfände, dann wird die Hitlerbewegung vielleicht in ihre große Krise eintreten.

Es ergäben sich nämlich dann folgende Möglichkeiten:

I. Die Nazis könnten sich koalieren oder brauchen auch nur tolerieren.

In diesem Falle wäre ihre ganze Demagogie vor dem Volke entlarvt, weil die Nazis lehren wird, daß ohne die Linke in dieser Krise nur eine erzkonservative und volksfeindliche Politik getrieben werden wird, wie sie vom Kabinett Papen eingeleitet wurde und ja auch in Zukunft weitergeführt werden soll. Daß es dann aber sehr schnell mit dem Glauben der Naziwähler an die Wunderpolitik Hitlers vorbei sein müßte, ist jedem klar.

II. Die Nazis gehen in Opposition gegen die Regierung und erklären sich von deren Politik frei.

Dann aber genügt nicht nur eine platonische Erklärung, sondern sie müßten die Regierung und ihre Politik aktiv bekämpfen durch: 1. Ablehnung ihrer Gesetze und Verordnungen gemeinsam mit der Linken und 2. Einbringen von Gesetzesvorlagen, die wirklich sozial und volksfreundlich sind, also dann ebenfalls gemeinsam mit der Linken zur Annahme gelangen könnten, selbst gegen den Reichsrat oder aber 3. durch Zustimmung zu sozialen und volksfreundlichen Gesetzesvorlagen, die die Linke selbst einbringen würde.

bleibt es nur bei einer platonischen Erklärung ohne praktische Gegenwehr in der aufgezeigten Form, dann wird ebenfalls die Hitlerpolitik als großer Betrug an den Volksmassen offenbar und der große Abstieg der Nazi-Partei einsehen.

III. Die Nazis machen es wie im alten Reichstag und nehmen überhaupt nicht an den Verhandlungen teil.

Auch das würde, bei ihren 230 Mandaten, dem letzten Wähler endlich Klarheit bringen, daß die Nazis bewußt die Verantwortung meiden würden und im Grunde damit nur einer reaktionären Diktaturregierung ihre Freiheit sichern wollten. Die Wähler wissen, daß die Nazis mit 230 Mandaten im Parlament völlige Freiheit besitzen, ihre Anträge zu stellen; und sie könnten es nicht verstehen, wenn die Nazi-Partei darauf Verzicht leisten würde, weil sie damit ja die Linke, wenn sie gegen ihre wirklich sozialen und freiheitlichen Anträge stimmten, entlarvt hätte vor dem Volke, das dann ganz zu Hitler stoßen würde oder aber, weil dann, wenn die Linke für die Anträge stimmte, sie ja jederzeit Gesetzeskraft erhalten müßten. Eine Flucht der Nazi-Fraktion aus dem Parlament hätte also diesmal unwiderruflich auch eine Flucht von großen Teilen der Naziwähler vor ihrer Partei im Gefolge.

So weit die politische Situation, vom Verhalten der einzelnen Parteien aus gewertet. Nun besteht aber noch die weitere Perspektive, vom Standort der Regierung selbst aus gesehen.

Es bleibt nämlich zu erwägen, was dann geschieht, wenn keine Koalition zwischen Nazis und Zentrum bzw. Bayerischer Volkspartei zustande kommt und diese Parteien auch nicht bereit sein werden, die jetzige Regierung zu tolerieren. In diesem Falle gibt es nämlich überhaupt keine Möglichkeit einer Mehrheitsbildung für die Regierung, die aber alsdann, rein verfassungsgemäß, zum Rücktritt gezwungen sein würde.

So wie die Dinge liegen, bekäme aber auch dann keine nachfolgende Regierung eine Mehrheit, so daß damit faktisch jegliche parlamentarische Regierung unmöglich geworden wäre.

Rein theoretisch bestände dann der Ausweg, den Reichstag aufzulösen, um eine andere Zusammensetzung zu erreichen. Praktisch, das weiß jeder, wäre das sinnlos, weil

ein sofort neu zu wählender Reichstag dem jetzigen wohl fast gleichen würde.

Hier taucht deshalb die Frage und Möglichkeit einer sogenannten Präsidialregierung auf, das heißt einer Regierung, die, eben ohne Mehrheit des Parlaments, irgendwie zu regieren versuchen wird.

Daß damit ungeheure Gefahren für Volk und Arbeiterschaft verbunden sein können, ist klar. Die politische Grundeinstellung der eine solche Regierung ausmachenden Männer wäre dann von größter Wichtigkeit, weil sich ihre Politik ja allein danach vollziehen würde.

Die Vorgänge in und um die jetzige Regierung in diesen Tagen sind deshalb von allergrößter Wichtigkeit, insbesondere dann, wenn vielleicht personelle Veränderungen vorgenommen würden, bevor die Regierungsabstimmung, also die parlamentarische Mehrheits- bzw. sonstige Parteinagruppierung klar übersichtlich und feststeht.

Eines scheint uns sicher zu sein: Wenn vor einer solchen übersichtlichen Gruppierung im Parlament, vielleicht durch personelle Veränderung, der Nazi-Partei entscheidender Einfluß in der Regierung gesichert werden sollte oder gar gegen den Willen von Zentrum und Bayerischer Volkspartei den Nazis solcher Einfluß in der Reichsregierung eingeräumt würde, dann wäre die große Entscheidungssunde für das republikanische und werktätige deutsche Volk gekommen. Dann wären nämlich Verfassungsrechte und Verfassungsgesetze kein Schutzwahl mehr gegen damit einsetzende faschistische Willkür, weil das Volk ja durch seine Wahl selbst das Parlament und die Verfassung zur Unwirksamkeit brachte und die Politik der Willkür der politisch stärksten Gruppe überantwortete. Es ist dann lediglich noch Sache freien Entschlusses der deutschen Arbeiterschaft schlechthin, ob sie auch solcher Entwicklung dann kampflös den Weg freimachen wird. Und es wäre dann auch lediglich von solcher frei zu treffenden Entscheidung abhängig, ob die Nazis mit diesem Wahlkampf tatsächlich die Schlacht verloren haben oder nicht. Man darf daher mit Recht die Frage stellen: Was wird in Deutschland?

Wer stand hinter dem Gelsenberg-Geschäft?

Warum kein Untersuchungsausschuß? Scheut das Reich die Aufklärung?

Der Schleier, der immer noch die Vorgeschichte des so umstrittenen Gelsenberg-Geschäftes umhüllt, scheint sich nunmehr durch verschiedene Erklärungen des früheren Reichsfinanzministers Dr. Dietrich allmählich zu lüften. Die Reichsregierung hat es leider bisher versäumt, eine Untersuchungskommission zur Nachprüfung des Gelsenberg-Geschäftes einzusetzen, damit endlich einmal die Öffentlichkeit ein klares und sachliches Bild in dieser Angelegenheit bekommt.

Der Grund zur Ablehnung einer Gutachterkommission über den Fragenkomplex Gelsenkirchen durch die Reichsregierung ist ziemlich undurchsichtig, um so mehr, als ihre negative Einstellung gegenüber allen staatskapitalistischen Einflüssen auf die Privatwirtschaft hinreichend bekannt ist. Es müssen also Gründe besonderer Art sein, welche die Reichsregierung zur Aufgabe ihrer anfangs angekündigten Aktivität bewegen haben.

Eine ganz andere Taktik hat jetzt der frühere Reichsfinanzminister Dr. Dietrich eingeschlagen, der sich zunächst als verantwortlicher Vertragspartner bei dem Gelsenberg-Geschäft völlig in Stillschweigen gehüllt hatte. Dr. Dietrich hatte bereits vor kurzem anlässlich einer Wahlrede in Heidelberg die Gründe erörtert, die das Gelsenberg-Geschäft angeblich zu einer zwingenden Notwendigkeit für das Reich gemacht hatten. Damals war es schon auffallend, daß Dr. Dietrich weniger oder fast gar nicht auf die befürchtete Auslandsüberfremdung von Gelsenkirchen, mithin dem Stahlverein, einging, sondern die Tatsache in den Vordergrund stellte, daß die Charlottenhütte, deren Beherrscher bekanntlich Flick ist, nicht mehr in der Lage gewesen sei, wegen Entwertung ihres Aktienbesitzes eine Bilanz zu machen, und daß bei einem Bankrott dieses Unternehmens das ganze kunstvolle Gebäude der Großhagenerne, die irgendwie damit in Verbindung standen und stehen, ins Wanken geraten wäre, auch die österreichische Alpina Montangesellschaft und die oberösterreichische Montanindustrie.

Nun hat aber auf diese Erklärung hin die österreichische Alpine Montangesellschaft inzwischen kategorisch durch ein nicht mißzuverstehendes Dementi bestritten, daß sie außer durch die aktienmäßige Beteiligung des Stahlvereins weder zu Herrn Flick, noch zu Gelsenkirchen in irgendeiner Verbindung stehe und am allerwenigsten ein Schuldverhältnis zum Stahlverein vorhanden sei. Wie reimt sich das aber zu der Erklärung des Dr. Dietrich?

Es bleibt also danach nur der Komplex Oberschlesien übrig, und daher besteht die starke Vermutung, daß in diesem Punkte zwischen dem Reich und Herrn

Flick, d. h. der Charlottenhütte tiefestliegende Bindungen bestehen, die es wert erscheinen ließen, durch den überbezahlten Kaufpreis für das Gelsenberg-Aktienpaket die Charlottenhütte zu sanieren.

Nunmehr hat Dr. Dietrich nochmals zu der Gelsenkirchen-Angelegenheit Stellung genommen und hierbei vor allem die Rolle des Frh. Thyssen und des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold näher beleuchtet. Nach einem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ hat hiernach der frühere Dezernent im Reichsfinanzministerium, Dr. von der Porten, die Gelsenkirchen-Transaktion von A bis Z bearbeitet. Dann heißt es weiter: „Schon Anfang Januar haben Dr. Bögler und Dr. Flick den Dr. von der Porten in Kenntnis gesetzt, daß die

Charlottenhütte keine Bilanz mehr machen könne,

weil ihr Aktienbesitz entwertet sei. Es wurden dann verschiedene Pläne erwogen, wie man die Charlottenhütte in Ordnung bringen könne. Während dieser Ueberlegungen teilten eines Tages Dr. Bögler und Dr. Flick dem Dr. von der Porten mit, daß sie ein Angebot von Frh. Thyssen besäßen, durch welches der Zusammenbruch der Charlottenhütte abgewendet werden könnte. Die Einzelheiten dieses verwickelten Vorschlages sind nebensächlich.

Sie gingen aber darauf hinaus, daß die Mehrheitsbeteiligung von Gelsenkirchen von der Charlottenhütte herausgegeben werden sollte, wofür diese den Bergwerksbesitz der früheren Essener Steinkohlenbergwerke, welche 6 Mill. Lo. Kohle fördern können, schuldenfrei von Gelsenkirchen erhalten sollte. Dazu sollte eine bare Zahlung von 34 Mill. M. treten. Auf die Anfrage von Dr. Bögler und Dr. Flick nach der Herkunft dieses Geldes erklärte Thyssen, daß es von Dr. Mannheimer in Amsterdam beschafft werde, der es von Pariser Banken erhalte.“

Diese Auslassungen des Dr. Dietrich sind in mancher Hinsicht außerordentlich bemerkenswert. Zunächst geht aus ihnen wieder hervor, wie groß Dietrichs Interesse, d. h. natürlich des Reiches, an der unbedingten Erhaltung der Charlottenhütte war.

Hier spielten ohne Zweifel die bereits oben geschilderten Gründe in bezug auf den Komplex der ober-schlesischen Beteiligungen der Charlottenhütte eine große, wenn nicht ausschlaggebende Rolle.

Wäre es Dr. Dietrich lediglich um die Interessen des Stahlvereins gegangen mit dem Ziele eines Erwerbes der Gelsenberg-

Altienmajorität, dann hätte man ihm sicherlich soviel kaufmännisches Geschäftsverständnis zutrauen können, die Aktienbeteiligungen der Charlottenhütte im Wege des Konkurses weit billiger zu erwerben. Dr. Dietrich aber erkaufte die Leitung der Charlottenhütte vor dem bevorstehenden Zusammenbruch mit einem Phantastepreis von 100 Millionen Mark!

Dann ist es die Rolle des so nationalen Herrn Frh Thynne, die nunmehr durch die Aufstellungen des Dr. Dietrich im Zusammenhang mit dem Gelsenberg-Geschäft einen pitanten Beigeschmack erhält. Bereits in unserer Ausgabe vom 9. Juli (Nr. 28) hatten wir auf Grund eigener Informationen die Tätigkeit des Frh Thynne zwecks Vermittlung des Majoritätsverkaufes von Gelsenberg an das Ausland beleuchtet, was heute Dr. Dietrich mit weiteren Einzelheiten bekräftigt. Dr. Thynne hat das Angebot des Frh Thynne mit Schreiben vom 18. März, das wörtlich wie folgt lautet, abgelehnt:

„Den von Ihnen entworfenen Plan, der darauf hinausgeht, meiner Gruppe gegen Hergabe der Gelsenberg-Mehrheit die Rehen dieser Gesellschaft und einen durch Herrn Mannheimer zu beschaffenden Geldbetrag — bei einer Metabeteiligung des Herrn Mannheimer oder einer Aktienoption an diesen zu geben, glauben wir nicht weiter verfolgen zu können, nachdem uns die Pariser Geldquelle des Herrn Mannheimer für dieses Geschäft bekanntgeworden ist.“

Nun hat aber überdies seinerzeit, als das Gelsenberg-Geschäft bekannt wurde, die Berliner Bankfirma Mendelssohn u. Co., deren Mitinhaber Herr Dr. Mannheimer ist, Klipp und Klar erklärt,

„daß es weder selbst, noch die Amsterdamer Filiale, noch einer der Anhaber oder sonstige Mitarbeiter der Firma zu irgendeiner Zeit derartige Verkaufsverhandlungen, sei es betreffend Aktien von Gelsenberg, sei es betreffend Aktien des Stahlvereins, geführt hat oder in dieser Sache irgendwie tätig gewesen ist.“

Wie reimt sich das alles zueinander, wenn man diese Mitteilung einer der angesehensten und seriösesten Bankfirmen Deutschlands den Erklärungen Frh Thynnes gegenüberstellt? Thynne, der stramme Nationalsozialist, mag sich nun einmal näher über diese dunkle Angelegenheit auslassen, wo es sich für ihn darum gehandelt hat, ein

deutsches Unternehmen von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung mit angeblüher Hilfe eines obendrein noch jüdischen Bankiers ins Ausland zu verschachern!

Über auch die Rolle des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold erscheint heute in einem ganz anderen Lichte, wie das seiner früheren Stellungnahme zum Gelsenberg-Geschäft entsprach. Bekanntlich war seinerzeit nach eigener Erklärung Dr. Warmbolds der Hauptgrund zu seinem Rücktritt aus dem Kabinett Brünning das Gelsenberg-Geschäft gewesen. Dr. Dietrich erklärt aber heute, daß Warmbold über den Verlauf der Verhandlungen mit Herrn Thynne eingehend orientiert gewesen sei und diesem Geschäft ausdrücklich seine Zustimmung gegeben habe. Diese Erklärung des Dr. Dietrich wird heute von dem Reichsfinanzminister Dr. Warmbold insofern bekräftigt, daß er seine Kenntnis von dem Geschäft zugibt und andererseits auch nicht die Zusage zu dem Geschäftsabluß bekräftigt.

Nach Lage der Dinge ist es dringend notwendig, daß endlich dieser gesamte Fragenkomplex durch eine amtliche Untersuchung reiflos aufgeklärt wird. Die Öffentlichkeit hat berechtigten Anspruch darauf, über die Vorgeschichte und alle Vorgänge, die zu diesem Geschäft führten, bis ins einzelne unterrichtet zu werden. Letzten Endes ist es immer wieder der Steuerzahler, der mit seinen Notgroschen die Rechnung bezahlen muß.

abteilung gewährt werden. Die Fälle, in denen die Fuhrknappschafft anders gehandelt hat, müssen berichtigt werden.

Die Richtlinien der Fuhrknappschafft für die Bewertung von landwirtschaftlichen Einkommen auf Grund des § 103 d der Satzung wurden auch für solche Pensionsempfänger als verbindlich erklärt, die außerhalb des Bezirks der Fuhrknappschafft wohnen. Zur Klarstellung dieser Richtlinien wurde noch festgesetzt, daß Röhne für fremde Arbeitskräfte abzugsfähig sind. Die Entscheidung über die Wiedergewährung von Mehrleistungen in der Fuhrknappschafft wurde zurückgestellt. Den Fuhrknappschaffern, denen auf Grund der Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 23. Oktober 1931 die Pension entzogen wurde, wozu dieser Entscheidung die Mitgliedschaften im Fuhrknappschafflichen Knappschafftsverein zur Erfüllung der 300monatigen Wartezeit für die Alterspension nicht angedreht werden durfte, sollen die entzogenen Pensionen wiedergewährt werden, da für sie die Fürsorge nach Artikel 16 der Bekanntmachung über die Fürsorge für Versicherte aus den abgetretenen Gebieten vom 28. November 1930 eintreten wird.

Ueber die Frage, wann in der Knappschafftspensionsversicherung der Versicherungsfall als eingetreten zu gelten hat, sind letzter Zeit Zweifel entstanden. Der Vorstand beschloß auf Grund des § 103 d der Satzung zu § 92 Absatz 2, der von dem Abschluß einer Ehe im Invalidenstande handelt, daß ein Versicherter a) Knappschafftsinvalide von dem Zeitpunkt an gilt, von welchem ab Berufsunfähigkeit festgestellt ist. Dem Verlangen des Städtetages, das dahingehend, den Gemeinden von allen Streitverfahren die anhängig gemacht werden, Nachricht zu geben, konnte nicht stattgegeben werden, weil eine solche Benachrichtigung die Verwaltungskosten der Versicherungsträger erheblich vermehre.

Nachdem die Wohlfahrtsunterstützungsätze ermäßigt worden sind, wird für die Unterstützten die Zahlung der Unterstütmungsgebühren oder der Beiträge zur Erhaltung erworbenen Anwartschaften immer schwerer. Der Vorstand beschloß, bei der Antragsregierung dahin vorstellig zu werden, daß sie durch entsprechende Vorschriften für die Wohlfahrtsämter eine einheitliche und für die arbeitslosen Versicherten billige Regelung treffen möge.

Seidem die Gewährung des Taschengeldes als Mehrleistung in der Krankenversicherung fortgefallen ist, gewähren die Bezirksknappschafften bei der Unterbringung von Versicherten in Kurorten, Bädern und Erholungsheimen verschiedene Beträge, die zu Unzutraglichkeiten führen, wenn Versicherte mehrerer Bezirksknappschafften in einem Heim zusammenkommen. Der Vorstand beschloß deshalb, das Taschengeld für Versicherte über 16 Jahre einheitlich auf 30 Pf. festzusetzen. Als Zeiträume für die Reise sollen 5 Proz. der Fahrkosten 3. Klasse, mindestens aber 2 M. gegeben werden. D- Zugzuschlag ist bei Entfernungen über 150 Kilometer zu gewähren. Weiter wurde beschlossen:

- a) bei Gewährung von Babeburen und Heilverfahren Familienernährern Pensionen und Renten nur in Höhe des gewährten Hausgeldes zu versagen, so daß den Versicherten oder ihren Familien die Bezüge verbleiben, die auch vor Eintritt des Heilverfahrens zur Verfügung standen.
b) Das Hausgeld nach dem Ausschluß für Ärzte und Apothekerangelegenheiten der Reichsknappschafft unter dem 16. März 1932 beschlossenen Sätzen schon vom Beginn des Heilverfahrens an zu zahlen, statt von der fünften Woche ab.
c) Bei ledigen oder verwitweten Versicherten, die eine eigene Wohnung haben, die Verfassung der Pension und Rente nur insoweit vorzunehmen, daß der Aufwand für die Wohnungsmiete frei wird.

Wir warnen!

Wiederholt waren wir gezwungen, die Versicherten der einzelnen Versicherungsvereine und deren Hinterbliebene auf das Gebahren einzelner Personen, die sich als die alleinigen Kennner der Sozialversicherung aufspielen und sich nur als die wahren Helfer bei Rentenstreitigkeiten anbieten, aufmerksam zu machen. Wir weisen darauf hin, daß diese Leute es nur auf Geldverdienen abgesehen haben und an dem Ergebnis des Streitverfahrens sehr wenig Interesse zeigen. In fast allen Fällen läßt sich feststellen, daß diese Rechtsberater ihre Obliegenheiten sehr leicht ausfallen. Vor Jahren hatte sich ein Herr Osthoff in Wanne niedergelassen, der sich für die Anfertigung nichtsfagender Schriftsätze horrenden Gebühren zahlen ließ, um sich nachher um den Streitfall überhaupt nicht mehr zu kümmern. Hunderte von armen Invaliden und Witwen sind durch diesen Mann im wahren Sinne des Wortes betrogen worden. Osthoff war als Vertreter bei den Versicherungsbehörden niemals zugelassen, weil er wegen Unterschlagungen bei der Knappschafftsberufungsvereinschafft entlassen worden war.

In letzter Zeit mehren sich wiederum Klagen der Versicherten und ihrer Hinterbliebenen über einen Syndikus G. Wolf aus Herne, Amalienstraße 8. Wolf scheint genau so eingestellt zu sein wie der verstorbene Osthoff. Auch er läßt sich für die Anfertigung von Berufungsschriften und Schriftsätzen in Streitfällen übermäßig hohe Gebühren zahlen. Es wurde festgestellt, daß Wolf einer in Bochum-Hordel wohnenden Witwe 150 M. abgefordert und auch erhalten hat. Auch in einer vor dem Knappschafftsberufungsamt Dortmund anhängigen Invalidenrentenstreitsache hat Wolf für die Anfertigung einer einseitigen, 15 Zeilen Maschinenschrift umfassenden Berufungseingelung — ohne Begründung — einen Betrag von 40 M. gefordert und erhalten. Der betreffende Versicherte erklärte in seinem Antrage auf Erstattung dieser Kosten, daß er den Betrag von 40 M. dem Wolf erstmalig als Voranschlag gegen Quittung bezahlt habe. Die Mehrforderung des Wolf habe er abgelehnt. Das Knappschafftsberufungsamt hat in dieser Streitsache am 9. Juni d. J. entschieden, daß dem Antrage des Klägers, die Fuhrknappschafft zu verurteilen, ihm die durch die Inanspruchnahme des Vertreters Wolf entstandenen Kosten zu erstatten, nicht stattgegeben werden könne. Es sagt: „Wenn der Kläger an den Vertreter Wolf lediglich für die Anfertigung der Berufungsschrift 40 M. gezahlt hat, so ist die Fuhrknappschafft keineswegs verpflichtet, ihm diese in ihrer Höhe ganz unangemessenen Kosten zu erstatten.“

Nach den getroffenen Feststellungen ist der in Frage kommende Syndikus Wolf in der Hauptsache für die Mitglieder der „Wohlfahrt“ e. V., Herne, tätig gewesen. Die „Wohlfahrt“ ist eine Vereinigung von Sozialrentenempfängern und ist aus dem „Verein der Hirnbeschädigten“ hervorgegangen. Wolf nannte sich und nennt sich auch heute noch Syndikus dieses Vereins. Was Wolf von den Mitgliedern dieses Vereins für seine nichtsfagenden Berufungsschriften bekommt, ist nicht unsere Sache. Wir warnen jedoch alle Nichtmitglieder des Vereins und machen darauf aufmerksam, daß die Beträge, die Wolf für seine Arbeiten fordert, als Wucherpreise betrachtet werden müssen. Hinzu kommt noch, daß Wolf als Prozeßvertreter vor dem Knappschafftsberufungsamt in Dortmund nicht zugelassen ist. Er darf also bei Terminen zur mündlichen Verhandlung nicht auftreten. Die Gebühren, die er sich zahlen läßt, können also nur für die Anfertigung der Schriftsätze gelten. Wer in seinen Rentenstreitsachen Rat haben will, gehe zu den von den Gewerkschaften eingerichteten Arbeitersekretariaten, wo er unentgeltlich Auskunft und Beihilfe bekommt.

Die erdrückende Steuerbelastung der deutschen Arbeitnehmer.

Die schreiende Ungerechtigkeit des deutschen Steuersystems, das den Besitz schon und die kleinen Einkommen der Arbeitnehmer, insbesondere auch der mit großer Familie, weit über ihre Steuerkraft hinaus belastet, geht aus einer jüngst veröffentlichten Untersuchung des Statistischen Reichsamtes mit aller Deutlichkeit hervor. Diese Veröffentlichung hatte einen Vergleich der Steuerbelastung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien zur Aufgabe und bewies, daß diese in Deutschland sowohl unter Berücksichtigung des Volkseinkommens wie der einzelnen steuerpflichtigen Berufsgruppen erheblich höher ist als in Frankreich oder in England.

Ohne die Belastung des Arbeiter-Haushalts mit Zöllen, auf die sich die Untersuchung nicht erstreckt, zu berücksichtigen, beträgt die jährliche Steuer- und Soziallast eines ledigen deutschen Arbeiters mit einem Einkommen von 1500 M. 23,67 Proz., die eines Angestellten 23,40 Proz. seines Einkommens, d. h. muß der am niedrigsten bezahlte deutsche Arbeiter fast ein Viertel seines Einkommens in Form von Steuern und Sozialbeiträgen abliefern.

Ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern ist in dieser niedrigsten Einkommensstufe mit 21,34 bzw. 21,07 Proz. seines Einkommens belastet. In Frankreich beträgt dagegen in dieser Einkommensstufe die Steuerlast des Arbeitnehmers 8,02 bzw. des verheirateten Arbeiters 9,90 Proz., in Großbritannien 10,06 bzw. 12,48 Proz. Fast dieselbe prozentuale Steuerbelastung ergibt sich für den deutschen Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 2000 M., 2500 und 3000 M.

Die ledigen deutschen Arbeiter dieser Einkommensstufen müssen fast 23 Proz. ihres Einkommens für Steuern und Sozialbeiträge ausgeben, die Angestellten durchschnittlich um 1 Proz. noch mehr. Der verheiratete Arbeiter mit zwei Kindern ist in diesen Einkommensstufen zwischen 2- bis 3000 M. mit 19 bis 20 1/2 Proz., der Angestellte mit 20 bis 21 1/4 Proz. seines Einkommens belastet.

Demgegenüber beträgt in diesen Einkommensstufen die Steuerbelastung sowohl des französischen wie des englischen Arbeitnehmers nur 8 bis 8 1/2 Proz., der verheirateten Arbeitnehmer in Frankreich und England 7 bis 10 Proz. Bei einem Einkommen von 4000 M. beträgt die deutsche Steuerbelastung für Arbeiter 21,12, für Angestellte 18,62 Proz., in Frankreich 5,4 Proz., in Großbritannien 9,2 Proz.

Bezeichnend für die Ungerechtigkeit des deutschen Steuersystems ist, daß die prozentuale Steuerbelastung des Angestellten um so größer ist, je geringeres Einkommen er hat. So beträgt die Steuerbelastung eines Angestellten mit einem Gehalt von 10 000 M. 17,5 Proz., mit 20 000 M. 22,8 Proz., d. h. prozentual geringer als die Lohn- und Gehaltsempfänger in den niedrigeren Einkommensstufen.

Die Belastung des deutschen Arbeitnehmers stellt sich zusammen aus der Besteuerung der Löhne und Gehälter durch Einkommen- und Ertragsteuern, durch Beiträge für Sozialversicherung und durch Ausgaben von Verbrauch und Aufwand. Was die Besteuerung der Löhne und Gehälter anbelangt, so bleiben in Großbritannien und Frankreich die kleineren und mittleren Einkommen bis zu 5000 M. entweder völlig steuerfrei oder aber sie werden in nennenswertem Umfang nicht besteuert.

Die steuerfreie Grenze, die in Deutschland 720 M. bei der Einzelperson, 1200 M. bei Verheirateten mit Kindern beträgt, beläuft sich in Frankreich auf 2241 bzw. 4257 M., in Großbritannien auf 2396 bzw. 5750 M. Im Deutschen Reich setzt die Besteuerung, wie es in der Veröffentlichung hervorgehoben wird, „unter Berücksichtigung der Bürgersteuer bei den kleineren und mittleren Einkommen am frühesten und am schwersten ein.“ Die Sozialbeiträge sind in Deutschland ebenfalls wesentlich, drei- bis viermal höher als in England und in Frankreich.

Je niedriger das Einkommen, desto höher der Sozialbeitrag. Mit einem Einkommen von 1500 M. muß der Arbeiter 13,04 Proz., der Angestellte 12,77 Proz. seines Einkommens für Sozialbeiträge abführen. Bei 2000 M. Einkommen beträgt der Prozentsatz nur 11,59 bzw. bei Angestellten 12,59 Proz., bei 2500 M. 10,72 bzw. 11,52 Proz., bei 3000 M. 10,14 bzw. 10,81 Proz., bei 4000 M. 7,83 bzw. 5,33 Proz. Diese starke Sozialbelastung ist im Augenblick viel drückender als zuvor.

Solange noch der Arbeitnehmer von der Sozialversicherung einen ausreichenden Entgelt für seine Beiträge erhielt oder aber solche zu erwarten hatte, konnte die in Deutschland gegenüber dem Ausland viel höhere Sozialbelastung im Hinblick auf die größeren Leistungen der Sozialversicherung hingenommen werden. Jetzt aber, wo die Leistungen der Sozialversicherung überall stark herabgesetzt werden, sind die hohen Sozialbeiträge eine drückende Belastung der deutschen Arbeitnehmer.

Aus der Reichsknappschafft.

Vorstandsitzung am 17. Juli 1932.

Der Härteausgleich, den der Vorstand am 20. Januar 1932 bei der Kürzung der Pensionen nach §§ 89 i und 89 k der Satzung beschlossen hatte, und der dahin ging, daß dem Berechtigten an Knappschaffts- und Invalidenrente mindestens ein Betrag knappschaffts- und Invalidenrente mindestens ein Betrag zufließen sollte, den seine ungetürzte Knappschaffts- und Invalidenrente ausmachen würde, konnte, angesichts der neuen Kürzungen, bei denen es ebenfalls tausende Fälle gibt, wo auch andere Pensionen als die nach §§ 89 i und 89 k berechneten mit den gekürzten Bezügen aus der Invalidenversicherung weniger ausmachen als die ungetürzte Knappschaffts- und Invalidenrente, nicht mehr aufrechterhalten werden. Der Beschluß vom 20. Januar 1932 ist deshalb aufgehoben worden. Werden jedoch die Steigerungsbeträge nach §§ 89 i oder 89 k der Satzung einmal zum Ruhen gebracht, dürfen sie nicht noch einmal nach § 106 des RRG gekürzt werden. Dies gilt sowohl bei Invaliden- als auch bei Witwenpensionen.

Ueber die Anwendung der Kürzungsbestimmung des § 4 in Artikel 6 der Notverordnung vom 15. Juni 1932 bestanden bei den Bezirksknappschafften Zweifel. Die Verwaltung hat daraufhin ein Rundschreiben erlassen, das der Vorstand billigte. Wir lassen im nachstehenden die hauptsächlichsten Teile des Rundschreibens folgen:

„Die neuen Kürzungen sind nicht anzuwenden, wenn bereits der bisher gezahlte Rentenbetrag geringer ist als die Hälfte der Rente, die nach Anwendung des § 88 Abs. 1 letzter Satz der Satzung und des § 106 RRG, aber vor Anwendung des § 10 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 gezahlt wurde. Es bedarf in diesem Falle keiner Umrechnung.“

Beispiel: Die Invalidenpension nach Anwendung des § 88 der Satzung und § 106 RRG. betrug 40,00 M. Von einer Waise von 47 M. sind nach § 10 der Notverordnung vom 8. Dez. 1931 anzurechnen 22,00 M.

so daß an Invalidenpension noch zu zahlen sind 18,00 M.

Nach dem Wortlaut des § 4 in Artikel 6 ist an sich der § 10 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vor den neuen Kürzungen anzuwenden. Da die Reichsknappschafft eine Person abweichende Reihenfolge festgelegt hat (§ 3 in Art. 6 der neuen Verordnung vor § 10 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931), ist zur Feststellung der Anwendbarkeit des § 4 in

Art. 6 eine doppelte Berechnung vorzunehmen. Nach Anwendung des § 10 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 muß der zu viel gekürzte Pauschalbetrag wieder eingesetzt werden, so daß auf Grund des § 3 der neuen Notverordnung nur ein geringerer Betrag als 6 M. ruht. Beispiel:

Die Invalidenpension beträgt ungekürzt 66,71 M.

Es ruhen

a) an Steigerungsbeträgen gemäß § 88 Abs. 1 letzter Satz der Satzung 6,46 M.

b) gem. Art. 6 § 3 der neuen Notverordnung 6,00 M.

c) der Grundbeitrag (§ 106 Abs. 1 Satz 1 RRG.) 14,00 M.

d) an Steigerungsbeträgen (§ 106 Abs. 1 Satz 2 RRG.) 6,99 M.

33,45 M.

so daß zu zahlen bleiben 33,26 M.

Gemäß § 10 der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sind anzurechnen 16,00 M.

so daß zu zahlen bleiben 17,26 M.

Die Voraussetzungen des § 4 Art. 6 der neuen Notverordnung liegen vor (33,26 + 6 M. = 39,26 M. : 2 = 19,63 M.). Unter b) können daher nur gekürzt werden 3,63 M., so daß sich die Rente wieder erhöht um 2,37 M.

Zusammen 19,63 M.

Da die neuen Kürzungen ebenso wie die in § 95 Abs. 1 der Satzung angeführten Vorschriften die Berechnung der Leistungen betreffen, muß das Sterbegeld von dem gekürzten Betrage der Monatspension berechnet werden. Als Mindestbetrag des Sterbegeldes wurde aber für Invaliden der Betrag von 30 M. beschlossen. Die Mindestbeträge für Hinterbliebene berechnen sich in einem Verhältnis zu den 30 M., wie die Pension zur Invalidenpension steht. Die Anwendung der Kürzungsbestimmung des § 89 g ist auch dort vorzunehmen, wo eine freiwillige Krankenversicherung besteht; denn auch die freiwillige Weiterversicherung in der Krankenversicherung ist eine gesetzliche Versicherung. Erhält ein Knappschafftsinvalide bis zu seinem Tode eine Pension aus der Angestelltenabteilung, darf seinen Hinterbliebenen nicht eine Pension aus der Arbeiter-

Nutarke bedroht Bergarbeiterchicksal.

Der deutsche Nationalsozialismus verlangt auf der ganzen Linie für unsere Wirtschaftspolitik die sogenannte **Winnenmarktorientierung**, d. h., daß durch Zölle und Einfuhrverbote die ausländischen billigeren Waren verdrängt werden sollen, damit nur deutsche, wenn auch bedeutend teurere Waren gekauft werden können.

Abgesehen davon, daß damit eine gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung des kleinen Mannes verbunden ist, hat das zur weiteren Folge, daß das Ausland natürlich Gegenmaßnahmen treffen wird.

Diese bestehen darin, daß man in den anderen Ländern auch die Einfuhr deutscher Waren irgendwie unterbinden wird. Das hätte zur Folge, daß dadurch auch weniger Waren in Deutschland produziert würden, was Vermehrung von Arbeitslosigkeit und Lohndruck bringen müßte.

Besonders stark würde sich das im Bergbau bemerkbar machen, da wir eine starke Kohlenausfuhr gegenüber einer nur kleinen Kohleneinfuhr haben. Es ist deshalb kein Wunder, daß gerade in Kreisen der Bergwirtschaftler gegen die nationalsozialistischen Nutarkiebestrebungen Abneigung besteht, angesichts welcher Tatsache es aber um so sonderbarer erscheinen muß, daß die Arbeitgeberkreise der deutschen Bergwirtschaft zu den eifrigsten Helfern, in materieller und ideeller Hinsicht, der nationalsozialistischen Bewegung zählen. Aber wirtschaftspolitische Vernunft und staatspolitische Logik waren noch nie die starke Seite dieser Kategorie von Privatwirtschaftlern.

Jetzt aber versuchen sie wenigstens mit papiernen Protesten gegen die sich im Zuge befindliche Nutarkiepolitik zu wirken. Die „Königliche Zeitung“ meldet nämlich, daß es in einer von Kreisen des Ruhrbergbaues an verschiedene Regierungsstellen überreichten Eingabe heiße, daß zu dem Ruhrkohlenausfuhrückgang wesentlich die deutsche Zoll- und Devisenpolitik mit beigetragen habe.

Besonders abträglich sei die **Regelung des Butterzolls** gewesen. Selbst wenn die noch offenen handelspolitischen Streitfragen eine halbwegs befriedigende Lösung fänden, verbleibe bei der verbreiteten Mißstimmung in den betroffenen Ländern noch ein großer Schaden für den Ruhrbergbau. Gegenüber dem Jahre 1929, wo Förderung und Absatz allgemein einen Höchststand erreicht hatten, sei die deutsche Steinkohlenausfuhr 1931 mengenmäßig auf 79 Prozent und der Wert dieser Ausfuhr auf 60 Prozent zurückgegangen.

Unmittelbare und mittelbare deutsche Steinkohlenausfuhr hatten 1929 einen Wert von 1,236 Milliarden Mark, dagegen 1931 nur noch 837 Millionen Mark. Die europäische Kohlenförderung sei im 1. Vierteljahr 1932 gegenüber dem vierteljährlichen Durchschnitt von 1929 um 2,8 Prozent gesunken. Dieser Prozentsatz werde als die durch die Wirtschaftskrise verursachte durchschnittliche internationale Schrumpfung des Kohlenverbrauchs angesehen.

Die deutsche Kohlenausfuhr sei dagegen im 1. Vierteljahr 1932 gegenüber dem vierteljährlichen Durchschnitt 1929 um 40,4 Prozent zurückgeblieben. Der Unterschied betrage 18,6 Prozent. Auf ein Jahr berechnet, mache das etwa 7,8 Mill. T. Kohle bzw. 105 Mill. M. aus und eine Minderbeschäftigung von 25 000 Bergarbeitern.

In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß man diese Zahlen in Betracht ziehen müsse, wenn man glaube, auf die Kohlenausfuhr verzichten zu können.

Die Kohlenausfuhr nach den wichtigsten Empfangsländern

habe sich in der letzten Zeit vollständig verschlechtert. Der Rückgang nach Frankreich und Belgien sei hauptsächlich auf die scharfe Kontingentierung zurückzuführen. Der Absatz nach Ungarn und der Saar entspreche im wesentlichen der schlechten Eisenkonjunktur. In Holland sei die deutsche Kohleneinfuhr ebenfalls beträchtlich zurückgegangen. (Schrumpfung des holländischen Kohlenbedarfs. Die französische und belgische Kontingentierung dränge die holländische Ausfuhr nach diesen Ländern zurück und suche woanders einen Ausgleich.)

Darüber hinaus werde im holländischen Staatsbergbau aus politischen Gründen unter Zurückstellung wirtschaftlicher Gesichtspunkte eine Absatzsteigerung versucht. Die deutsche Steinkohlenausfuhr nach Holland sei an sich schon durch diese Faktoren sehr erschwert worden. Nach der erwähnten Eingabe erfuhr die Lage eine besondere Verschärfung, als die deutschen Zoll- und Devisenmaßnahmen die holländische Landwirtschaft in starke Erregung versetzten.

Groß sei die Mißstimmung über den Butterzoll, der eine starke Abnahme der holländischen Buttereinfuhr nach Deutschland zur Folge hatte. Die deutsche Kohleneinfuhr nach Holland sei unter diesen Umständen bereits außerordentlich abgenommen; ein weiterer Rückgang sei zu erwarten, wenn die noch laufenden Verträge zu Ende gehen.

Auch in Italien habe der Ruhrbergbau große Absatzverluste zu verzeichnen gehabt. Maßgebend war hier außer dem Bedarfsrückgang auch das Vordringen der englischen Kohle. Eschwert werde die Lage jetzt durch die Zoll- und devisenpolitische Schädigung der italienischen Interessen und die daraus erziehende Verärgerung, die dem Bergbau bereits nachteilig geworden sei. Italien drohe mit dem Einfuhrzoll und mit der Möglichkeit, auf amerikanische Kohle überzugehen. Die deutsche Kohleneinfuhr nach Italien sei, nachdem sie vorher schon erheblich vermindert wurde, von 911 000 T. im 1. Vierteljahr 1931 auf 455 000 T. im 1. Vierteljahr 1932 zurückgegangen.

In der Schweiz habe der wirtschaftspolitische Kampf bereits zur Einrichtung eines Kompensationsverkehrs geführt, bei dem die Schweiz die Einfuhr deutscher Kohle beträchtlich heruntersinken und durch französische, saarländische und englische Kohle ersetzen könne. Im Juni wurde bereits die Kohleneinfuhr vollkommen gesperrt.

Die Handelsbeziehungen zwischen Dänemark, Norwegen und Schweden hätten durch die deutschen Zoll- und Devisenmaßnahmen ebenfalls eine Verschlechterung erfahren. Verstimmt habe besonders die Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages.

In der verschiedentlich erwähnten Stellungnahme werde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß anstatt die Auswirkungen der deutschen Wirtschaftspolitik wenigstens an den gefährdeten Stellen durch eine Milderung der Bestimmungen abgeschwächt würden, die Regierung ihre Politik noch schärfer als bisher auf eine Förderung des Binnenmarktes unter bewußter Zurücksetzung der Ausfuhrinteressen abstelle.

Eine derartige Politik sei in einem Lande, dessen Wirtschaft zum weitaus größten Teil aus Industrie bestehe, verfehlt.

Die Wirkung einer ausgesprochenen Binnenmarktpolitik auf den Steinkohlenbergbau

werde dadurch illustriert, daß außer der Tschechoslowakei, wo seit Jahren ein Austausch zwischen deutscher Steinkohle und tschechischer Braunkohle bestehe, die deutsche Kohlenausfuhr in allen anderen Ländern zu entbehren und zu ersetzen sei. Das gehe schon daraus hervor, daß die deutsche Kohle in allen Kohleneinfuhrländern nur einen Bruchteil der Kohleneinfuhr darstelle.

Nur Holland mache eine Ausnahme; der deutsche Anteil betrage hier 70 Prozent. Man müsse der Möglichkeit ins Auge sehen, daß eine deutsche Wirtschaftspolitik, die auf die Ausfuhrinteressen des Bergbaues keine Rücksicht nimmt, in anderen Ländern Gegenmaßnahmen bzw. Verzicht auf die deutsche Steinkohlenausfuhr hervorrufe.

Ein Gegengewicht kohlenwirtschaftlicher Art bestehe praktisch in der Einfuhr ausländischer Kohle nach Deutschland. Wenn hierbei die englische Kohlenausfuhr nach Deutschland ausgeschlossen werde, weil keine deutsche Kohle nach England gehe und die tschechoslowakische, weil dort ein auf Gegenseitigkeit aufgebaute Austausch bestehe, so bleibe im Jahre 1931 eine Kohleneinfuhr nach Deutschland (einschließlich Koks und Briketts in Kohle umgerechnet) aus Holland von 1,12 Mill., Belgien 0,04, Frankreich 0,28, zusammen 1,44 Mill. T. Demgegenüber habe jedoch die deutsche Steinkohlenausfuhr im abgelaufenen Jahre 30,99 Mill. T. betragen. Es bleibe also ein Ausfuhrüberschuß von 29,55 Mill. T., gleich einem Wert von 513 Mill. M.

Die Eingabe kommt zu dem Ergebnis, daß die unmittelbare Wirkung auf die Steinkohlenausfuhr einer einseitig binnenmarkt-orientierten Wirtschaftspolitik durch die Wirkung auf die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen, in der wieder mittelbare Kohlenausfuhr stecke, noch verstärkt werde.

Die ganze industrielle Ausfuhr werde in ähnlicher Weise geschädigt. Rückgang des Deviseneingangs und Zunahme der Arbeitslosigkeit seien die Folgen. Der Binnenmarkt, dessen Hebung der ganze Zweck einer derartigen Wirtschaftspolitik sei, könne durch solche Maßnahmen keinesfalls eine derartige Besserung erfahren, daß die Industrie für die Ausfuhrverminderung entschädigt werde.

Die Gefahren der Tiefe.

Nicht auf der Erdoberfläche, sondern im Schoße der Mutter Erde, 500, 600, 700, 800 und noch mehr Meter tief verrichtet der Bergmann seine Arbeit. Der Beruf des Bergarbeiters mit seinen Gefahren ist ein Kapitel für sich. Während der Essenbauer, der Dachdecker, der Klempner nur den Gefahren des Absturzes, der Seemann der des Ertrinkens ausgesetzt sind, umlauert der Bergmann der Tod in vielfältiger Form. Aus allen Löchern und Fugen grinst er ihm entgegen. Der kleinste Hohlraum, der nicht von frischen Wettern bestrichen wird, kann der Herd werden, von welchem aus unermeßliches Elend, unermeßliches Leid, fürchterlicher Jammer, aber auch grausame Not in hunderte Bergarbeiterfamilien hineingetragen wird.

Die gefährlichsten Feinde des Bergmannes, die meist Massenunglücke zur Folge haben, sind nachgewiesenermaßen

die Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen.

die am meisten gefürchtet werden und nicht nur eine, sondern mehrere todbringende Arten in sich bergen. Kommt es zu einer solchen Explosion und nimmt diese größere Dimensionen an, so gibt es für die Bergarbeiter, die in nächster Nähe arbeiten, keine Rettung, da sie meist ahnungslos überrascht werden und eine Flucht unmöglich ist, denn die entzündenden Schlagwetter treiben — immer mit dem Wetterstrom — mit einer unheimlichen Schnelligkeit bis zu 80 Sekundenmeter vorwärts, alles Lebende unbarmherzig tödend, was sie auf ihrem Vernichtungsweg erreichen. Was an Menschenleben nicht verbrannt oder durch die Gewalt der Explosion erschlagen wird, fällt dem Vergiftungstod oder Erstickungstod durch die Nachschwaden zum Opfer. Also hier schon eine vierfache Art von Tod, die dem Bergarbeiter droht, aus Anlaß eines einzigen Unglücksgrundes.

Eine ebenso große, aber weniger in Erscheinung tretende Gefahr ist die des Gasausbruches. Hier sind es keine Flammen, die das Todeswerk verrichten. Es sind Kohlenoxydgase, die sich mit fürchterlicher Gewalt eine Öffnung, einen Ausweg aus dem verschuldeten Kohlenflöz schaffen, um mit ebensolcher Gewalt und Geschwindigkeit Abbaue, Streden und Zugangswege mit einer Art Giftnebel in unheimlichen Mengen zu belagern, so daß auch hier ein Entrinnen unmöglich ist, da ein kurzes Einatmen sofortige Betäubung verursacht, die unmittelbar darauf den Erstickungstod herbeiführt.

Die Gefahr des Massenunglückes

besteht auch bei Wassereinbrüchen. Nur kommt es hierbei darauf an, in welcher Stärke und in welchen Mengen ein solcher Einbruch erfolgt. Immerhin ist hier leichter eine Rettung, ein Sich-in-Sicherheit-Bringen möglich, weil das Wasser ja zunächst die am tiefsten gelegenen Streden, Gesenke oder Arbeitspunkte überschwemmt und auch nicht mit einer solchen Geschwindigkeit, daß eine Rettung, oder wenigstens eine teilweise, unmöglich wäre. Die Gefahr größerer Unglücke ist aber auch hier nicht ausgeschlossen. Auch den Tod durch Ertrinken hat der Bergmann zu fürchten.

Den weitaus größten Prozentsatz der Todes- und Unglücksfälle im Bergbau erreichen jedoch die kleineren, sogenannten örtlichen Unglücke. Hierbei ist es in erster Linie das Zusammenbrechen von Arbeitspunkten, richtiger gesagt Arbeitsstellen, von Dertern und Streden, das am häufigsten vorkommt und demzufolge auch den Löwenanteil von Unfällen in Anspruch nimmt, da es meist mehrere Opfer fordert. Auch diese Unglücke sind verschieden und treten in ungleichem Maße auf. Auch hier wird der Bergmann meist ahnungslos überrascht und gewinnt nicht Zeit, sich in Sicherheit zu bringen. Es kommt hier viel auf die Art des Gebirges an. Bei festem, janssteinartigem ist die Gefahr für das Leben des Bergmannes bedeutend größer, als bei lockerem, brüchigem, sogenanntem schieferartigem Gebirge, da ersteres sozusagen, ohne besonderes vorheriges Geräusch zu verursachen, einfach niederbricht, dann aber um so mehr mit ungeheurem Getöse.

Wenn es unter sich begräbt, der ist rettungslos verloren.

Diese Unglücke finden ihre Ursache vielfach darin, daß das Ort bzw. der Abbau zu weit offen, weil der Bergwerksbesitzer zu weit zurück ist. Aber auch nicht genügende Verwendung von Sorgfalt beim Bergwerksbau bildet oft den Grund zum Zusammenbrechen. Das Gebirge setzt sich, legt sich auf. Ungenügender, leichtfertiger Bergwerksbau gibt nach, weicht dem Druck von oben und gibt die Möglichkeit zu horrender Senkung, die dann naturgemäß auf das offene Ort übergreift. Der Ausbau desselben genügt nicht, der fürchterlichen Last und dem ungeheuren Druck zu widerstehen, er gibt ebenfalls nach, bricht und das Unglück ist da. Ein immer mit Bedacht und Sorgfalt ausgeführter Bergwerksbau hätte schon

Kameraden!

Und wenn die Hitler-Barone und ihre mit der neuen Uniform eingekleidete »braune Armee« noch so sehr gegen uns toben, wir lassen nicht locker, wir stärken unseren Verband! Tägliche Neuaufnahmen beweisen, wie das Vertrauen zur Organisation wächst.

An alle ergeht der Ruf,

trotz der schweren Arbeit, die augenblicklich geleistet werden muß, neue Mitglieder für den Verband zu werben! Mehr denn je ist Aufklärung unter der Bergarbeiterschaft notwendig!

Solange die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokraten Einfluß hatten, wurden die sozialen Einrichtungen verbessert. Durch Arbeiterzersplitterung, hervorgerufen durch den dreckigen Kampf von rechts und links gegen uns, ist ein Teil der Bergarbeiter irre geworden. Sie sind in das indifferente Lager übergeschwenkt. Diese aufzuklären und wiederzuzuholen, sie über unsere Ziele zu unterrichten, ist die dringendste Aufgabe und

das höchste Gebot der Stunde.

unendlich viel Kummer und Leid, Jammer und Not vermeiden können. Hunderten von Bergarbeiterfamilien wäre der Vater und Ernährer nicht entrissen worden, wenn Leichtfertigkeit und Gleichgültigkeit bei dieser Arbeit vermieden worden wären.

Vom rein menschlichen Standpunkt aus muß natürlich dieser Gleichgültigkeit auf das entschiedenste verurteilt werden; vom Standpunkt des Bergarbeiters aus betrachtet, ist er entschuldbar. Diese Entschuldbarkeit ist

in dem unglücklichen Lohnsystem begründet,

das eine Bezahlung des Bergwerkes nicht gestattet und einbegriffen ist in dem Förderlohn, das einen Mindestlohn voraussetzt. Erst in einem Ueberlohn liegt der Gewinn, also die Möglichkeit eines Mehrverdienstes. Mehrverdienst aber muß der Bergmann haben, da es mit dem Mindestlohn, noch dazu bei verführter Arbeit, fast unmöglich ist, ein kümmerliches Dasein zu fristen, namentlich wenn Familie, was ja zu 70 Prozent zutrifft, vorhanden ist. Darum ist es durchaus zu verstehen, wenn der Bergmann weniger sein Augenmerk auf einen sorgfältigen Bergwerksvertrag als vielmehr auf die Mehrlieferung von Kohle richtet, obwohl er genau weiß, daß er dadurch die Sicherheit seines eigenen Lebens gefährdet. Doch das System ist unbarmherzig; es kennt nicht Milde, nicht Menschlichkeit, nur Strenge und den Schrei nach Kohle. Profit! Profit!

Besonders zahlreich sind auch die Unglücksfälle, die direkt vor Kohle entstehen, durch Nachfall aus dem Hangenden. Diese Art bleibt beschränkt auf den Arbeitspunkt des einzelnen, bildet aber durchaus keine kleine Gefahr für den Bergmann. Bei nicht genügender Sicherung des „Daches“ lösen sich die einzelnen Gesteinsstücke leicht von der feinen Kohlenader und fallen während des Abbaues der Kohle nach. Eine nicht minder große Gefahr droht dem Bergmann aus dem Gebirge, das reich durchsetzt ist mit „Kesseln“. Es sind dies muldenförmige, mitunter recht große, zentner schwere Gesteinsstücke, die trichterförmig in dem Gebirge stecken und, werden sie freigelegt, sofort niedergehen. Sie sind nicht sichtbar und werden ihrer Gefährlichkeit wegen von dem Bergmann „Sargbedel“ genannt.

Die Unglücksfälle, die Folgen durch Hereinbrechen von Gebirge sind, geschehen vor Betriebspunkten, an welchem ausschließlich Gesteinsarbeiten verrichtet werden. Auch sie erreichen einen bedeutenden Prozentsatz in der Statistik für Unfälle im Bergbau. Damit ist die Liste der Gefahren für das Leben des Bergmannes noch lange nicht erschöpft. Bei

frühzeitigem Losgehen von Sprengschiffen

hat schon mancher sein Leben eingebüßt. Auch kommt es öfters vor, daß Sprengschiffe sitzen bleiben und beim Abreiben oder Nachbrechen des Gebirges durch einen Schlag auf die Sprengkapsel zur Explosion gebracht werden.

Nun kommen noch die Unglücksfälle in Frage, die nicht vor Ort oder sonst vor einem Betriebspunkt geschehen und durchaus nicht selten sind: bei der Förderung, Schachtreparatur und Seilfahrt. Bei der ersteren ganz besonders. Kurze Zeitungsnotizen befragen da alles:

- „Durch Veragen der Kuppelung ums Leben gekommen . . .“
- „Von einem durchgehenden Hund erfaßt und getötet . . .“
- „Der Brustkorb eingedrückt wurde dem Fördermann . . .“
- „Zwischen Hund und Bolzen eingeklemmt und getötet . . .“
- „In das Getriebe der Seilbahn gekommen und tödlich verletzt . . . usw., usw.“

Der Gefahr des Absturzes ausgesetzt sind die Schachthauer bei Reparaturen an der Schachtzimmerung. Unbedachtbarkeit, ein Fehltritt und der Sturz in dunkle, gähnende Tiefe ist die Folge.

Schon mit dem Betreten des Förderkorbes tritt der Bergmann ein ins Reich des Todes. Schon manche Fahrt, die ihn zu feine Arbeitsstelle bringen sollte, ist eine Fahrt in den Tod geworden. Im jauchendem Tempo gleitet der Korb zwischen den Spurlatten nieder in die Tiefe. Ein Bruch des Seiles und ohne Halt nimmt ihn der Schachtlump auf, wenn die Fangvorrichtung versagt.

Man ersieht hieraus, daß der Beruf des Bergmannes von allen der weitaus gefährlichste ist. Zehnerlei Todesarten sind hier angeführt. Es sind nicht alle!

Und doch! Und doch!

Kein Verständnis von irgendeiner Seite aus. Keine Schlichtertammer, keine Regierungsstelle, kein Arbeitsminister anerkennt die Gefahren für das Leben des Bergmannes, sonst müßten sie sagen:

„Gebt dem Bergmann den Lohn, der ihm gebührt.“
Paul Zimmermann

HAUS UND LEBEN

Das Erwachen des Menschen.

Das Wesen des Menschen ist sein Geist, seine Seele. Aber die ist heute in Gefahr. Mit der Not, mit der Mechanisierung, mit dem Mammonismus verkümmert der Mensch.

Das sagen und schreiben viele Menschen, auch viele aus anderem Lager. Und aus dem Gefühl der Verflawung des Menschen in dieser Zeit erhebt in ihnen eine starke Sehnsucht nach einem sittlichen Ethos, einem neuen Erleben des echten Menschen. „Liebesträfte, die tiefsten Kräfte, wären zu einer neuen deutschen Humanität erforderlich, Kräfte, die nur aus einem ethischen oder religiösen Glauben kommen können. Aber hier geraten wir erst recht ins Chaos. Unsere offizielle und offizielle Ethik hat keinerlei bewegende und hinreichende Kraft mehr.“

Mit diesem Worte aus einem Buche, das in der geistigen Welt Aufsehen erregte, treffen wir den letzten geistigen Kern des Lebens der Zeit. Der alten Zeit ist die Seele erstarbt, und auch der nationalsozialistischen Bewegung, diesem letzten großen Veruche einer Erhaltung des Alten, fehlt gänzlich die Seele und die sittliche Idee. Wohl redet man da viel von sittlicher Erneuerung. Aber auch dieser letzte Versuch des Alten ist innerlich, feilich tot.

Man denkt im Nationalsozialismus nicht aus dem Geiste. Man denkt aus dem Leib. Und darum gilt als das Höchste der Muskel und nicht das Hirn.

„Würde Deutschland jährlich eine Million Kinder bekommen“, sagte Hitler auf dem Nürnberger Parteitag (vgl. „Völkischer Beobachter“ Nr. 181 vom 7. August 1929), „und 700 000 bis 800 000 der Schwächsten beiseite, dann würde am Ende das Ergebnis vielleicht sogar eine Kräftesteigerung sein.“

Also Kräftesteigerung im Sinne des Muskels, der „Rasse“. Nicht Kräftesteigerung im Sinne des Ethischen und des Geistigen. Darum gilt dem Nationalsozialismus auch nichts von dem, was zu allen Zeiten die Seele der Ethik gewesen ist. Nicht gelten Liebe, Freundlichkeit, Gerechtigkeit, Verständnis, Mitleid. Nein, der „sittliche“ Kern des Nationalsozialismus ist die Brutalität. Und damit kennzeichnet der Nationalsozialismus am deutlichsten, daß auch er nicht die innerliche, sittliche Kraft hat, die allein aus diesem Chaos erheben kann.

„Der härteste Mann ist für die eiserne Zukunft gerade noch hart genug“, schreibt Rosenberg in seinem Buch „Mythos des 20. Jahrhunderts“. Und Goebbels bestätigt: „Wir werden erst dann ans Ziel gelangen, wenn wir Mut genug haben, lachend zu zerstören, zu zertrümmern, was uns einst heilig war, als Tradition, als Erziehung, als Freundschaft und menschliche Liebe.“

Ist es nicht, als wenn die alte Zeit ihre ersterbende Seele zum letzten Male noch aufs brutallste zusammenfaßt, sich zu retten?

Und mitten in diesem sittlichen Chaos doch der Keim eines neuen Ethos im schaffenden, kämpfenden Volk. Von vielen noch unbeachtet und nicht erkannt. Und von den zünftigen Philosophen völlig übersehen.

Man hört da nur Worte von Arbeitsrecht und von Lohn und Gemeinschaft. Man erlebt nicht den sittlichen Sinn, der dahinter steckt. Man spürt drüben nichts von der geistigen Größe der Wirtschaftsfreiheit, nichts von dem sittlichen Sinn der Demokratie. Man sieht nur „Massen“. Und man ist erhaben.

Aber man ist, so erhaben man sich auch dünkt, innerlich leer. Ohne Tiefe, ohne Seele, ohne Liebe. Und darum ganz ohne Zukunft.

Es ist nicht so, daß unserer Zeit die große, rettende Seele fehlt, der große Glaube, das sittliche Ethos. Es ist da. Wir alle erleben es täglich. Aber was not tut, das ist das eine:

diesen sittlichen, geistigen Kern der Bewegung mehr und mehr herauszuheben, mit unserer Begeisterung zu zünden, und mehr und mehr die Welt lauschen zu lassen auf das große Erwachen der Zeit, das Erwachen des Menschen, das sich da im schaffenden Volke heute zeigt. Dr. Gustav Hoffmann.

Das Ganze nur ist das Leben!

In dieser Wirtschaftsordnung, die auf das Ich eingestell ist, sieht jeder nur einen Lebenskreis. Aber das wahre Leben liegt dahinter und darüber hinaus im Ganzen.

„Die einzige Realität“, schreibt Künkel in der „Zeitschrift für Mensch und Welt“, „ist das Lebensganze. Gewöhnlich erlernt der Mensch nur ein Teil-Zeh und eine Teil-Zeit und bedenkt nicht, daß das nur Ausschnitte seines Lebens sind.“

So lesen wir es immer wieder in der wissenschaftlichen Literatur bei philosophischen Menschen. Aber meist vergißt man dabei die praktische Folgerung für das Leben. Wenn das Leben nur aus dem Ganzen heraus zu verstehen ist, warum dann das Leben nicht auch praktisch, wirtschaftlich gestalten, daß es ein Ganzes ist?

Es mag prophetisch gesprochen und tief gefühlt sein, wenn es da heißt, daß „dem Erlebnis der Lebensgantheit eine geradezu an das Wunder grenzende Heilskraft innewohnt.“ Warum denn da nicht das Leben praktisch formen zu solchem Glück?

So ist der Mensch!

Am Kinde erkennen wir das eigentliche Wesen des Menschen am deutlichsten. Darum sind die Untersuchungen an Kindern, wie sie gerade die neue Zeit in so reichem Maße durchführt, lehrreich. Aus diesen Untersuchungen erkennen wir uns selbst, die Art, zu der wir eigentlich geboren sind.

Und da ist wiederholt festgestellt worden, daß das Bezeichnende des Kindes und damit des Menschen der Sinn für Gemeinamkeit ist. Das beweist auch eine neue Untersuchung über die Schullüge, die man in Kassel durchführte und über die wir in der Zeitschrift für pädagogische Psychologie lesen.

Warum lügt das Kind? Ist aus Gedankenlosigkeit, wie es da heißt, aus Bequemlichkeit, aus Angst vor Strafe. Mädchen hin und wieder auch aus Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis. Aber vor allem ist auf allen Altersstufen die soziale Lüge zu finden. Das Kind lügt aus Kameradschaftlichkeit, aus Klassegeist, im Interesse einer Sache. „Das Vorkommen der antisozialen Lügen, mit dem Zweck, anderen zu schaden, ist selten.“

Und wie wird nachher gelogen von den Erwachsenen! Die gegnerische Presse gibt uns davon ein deutliches Bild. Lügen, nur um anderen zu schaden. Antisoziale Lügen, wie sie dem echten, reinen Menschen im unverdorbenen Kinde so fremd sind!

Wie können es jene Menschen für sich in Anspruch nehmen, Menschenwesen zu hüten, Menschenrecht und Menschenart?

Wer wird älter, Mann oder Frau?

Nach den deutschen Sterbetafeln, die uns vorliegen, werden Frauen im Durchschnitt älter als Männer. Von den verheirateten Männern unterscheiden sich die Frauen allerdings im Durchschnitt nicht so sehr. Mehr von den unverheirateten Männern, deren Durchschnittsalter wesentlich geringer ist. Bei den Frauen macht sich der Unterschied zwischen Verheirateten und Ledigen nicht so kraß bemerkbar. Also ist es für die Männer nötig, zu heiraten!

Selbst unter den Hundertjährigen zeichnen sich die Frauen aus. Die Zahl der hundertjährigen Frauen ist wesentlich größer als die Zahl der hundertjährigen Männer.

Manche Gruppen von Frauen allerdings sind gesünder als die Männer. So geht die Tuberkulose z. B. augenblicklich unter den Erwerbslosen, wo die neuen Untersuchungen nicht täuschen, trotz des Glends d. Arbeitslosigkeit zurück, weil die zu Tuberkulose neigenden Männer vor der ihnen schädlichen Ueberarbeitung jetzt bewahrt sind. Bei den zu Tuberkulose neigenden Frauen der Erwerbslosen ist das aber nicht der Fall. Die Ueberlastung der Frauen bleibt vielfach bestehen auch bei Arbeitslosigkeit. Außer der häuslichen Arbeit wird vielfach noch Berufsarbeit geleistet. Dann aber wählt der Bericht auch Geburt und Abort als Ursache. Die gepredigte große Kinderzahl wirkt sich damit schädlich aus.

Was die Untersuchungen aber auch beweisen, das ist die dringende Notwendigkeit des Mannes, der Frau zu helfen und ihr das Dasein zu erleichtern. Gerade diese furchtbare Notlage zwingt ganz besonders zu einem kameradschaftlichen Verhältnis von Mann und Frau daheim.

So schlicht und so groß unsere Zukunft.

Was wollen wir? Wie schnell ist es in wenigen Worten gekennzeichnet! Gerechten Lohn, gesicherte Existenz, Recht und Kultur der Freizeit. Dazu Frieden der Welt und Gemeinschaft im Wirtschaftsleben. Nur wenige Worte, und doch bedeuten sie das Kernstück der neuen Welt.

Das könnte nicht sein? Gewiß, manche sprechen in reichlichem Wortschwall und in höchsten Tönen von dem, das sie wollen. Aber überlegt du nachher, was sie eigentlich meinen dann überlegt du umsonst. Es fehlt das Feste, der Kern. Man kann den Wortschwall nicht zu einigen Sätzen formen. Und das kann man, wenn es um etwas Klares, Zielhaftes, Deutliches geht. „Neue neue wissenschaftliche Wahrheit“, hat einmal ein Wissenschaftler gesprochen, „muß so beschaffen sein, daß sie sich auf dem Raum eines Quartblattes in gewöhnlicher Schrift vollständig mitteilen läßt.“

Es liegt eine tiefe Wahrheit in diesem Worte. Und der einfache Mann der Arbeit, der Worte wie: Recht auf Arbeit, gerechten Lohn, Recht auf Kultur, Frieden, Gemeinschaft spricht, sagt mehr als seine Gegner in Bänden von Zeitungen schreiben.

Alles Große, Geniale ist einfach, weil es schließlich auch in seinem einzelnen wurzelt in einer schlichten und großen Idee. Und die heißt in unserer Welt: Brüderlichkeit in Freiheit.

Mit wenigen Worten ist alles gesagt. Und doch, wie schon nun auch in die Tiefe dieser Welt hineinzuschauen! Wie schön weiterzublicken und zu erkennen, wie voll des Guten und Schönen diese freie Welt der Zukunft ist! Und welcher ökonomische Weg allein führen kann zu diesem Ziele!

Der Sommer neigt sich dem Ende. Die Zeit der Bildungspflege beginnt. Da heißt es, von diesem schlichten Kern unserer Wahrheit aus in die Tiefe zu dringen und in die Weite. Und zu erkennen, welche Welt der Freiheit und des Glücks das bedeutet, was wir da im Alltag mit so wenigen Worten oft sagen.

Und wir wachsen in sittlicher Kraft. Und wir wachsen als Kämpfer zu solchem sittlichen Ziele. Dr. Gustav Hoffmann.

Die Exkursion.

In der schlichten deutschen Sprache sagt man einfach „Ausflug“ oder, wenn es gelehrt klingen soll: „Studienfahrt“. Ein Student von der Universität kann doch aber nicht einen gewöhnlichen Ausflug machen. Man muß sich doch auch in der Sprache von den unteren Schichten abheben. Daher die schwierigen Fremdwörter, hinter denen sich nicht selten Hohlheit verbirgt, während der Ungelehrte sie für abgrundtiefes Wissen hält.

Eines Tages hielt ein großes Reiseauto vor unserem Rechenator. Der Oberingenieur, als technischer Leiter des Betriebes, ließ es sich nicht nehmen, die Insassen persönlich zu empfangen. Zwei Herren, mit einigen Schmarren in den Gesichtern, stellten sich als Doctoren der benachbarten Universität vor. Diese Zeremonie wurde begleitet mit eleganten Verbeugungen und lebenswichtigen Worten. Unterdessen hatten sich die Studenten aus dem Wagen begeben. Lauter gutgekleidete, gesunde, blühende Menschen. Unter Führung des Oberingenieurs begab sich die Gesellschaft in die Kantine, welche man anlässlich des Besuches einer besonderen Reinigung unterzogen hatte.

Hier wurden sie vom Herrn Direktor mit einer herzlichen Ansprache begrüßt. „Es freut mich sehr“, so führte er aus, „daß gerade ich auf meinem Werke das Vergnügen habe, Ihre Bildung durch praktischen Anschauungsunterricht zu fördern.“ Dann folgten einige technische Erläuterungen über den Tagebau unserer Braunkohlengrube und zum Schluß konnte er es nicht verheizen, einen nationalsozialistischen Ausklang herbeizuführen. „Wenn Sie, meine Herren, Ihr Wissen dazu verwenden werden, Deutschland aus den Händen der inneren und äußeren Feinde zu reißen, wenn Sie dazu beitragen werden, durch Ihre Arbeit und Ihr Wissen Deutschland in seiner alten Macht und Größe wieder aufzubauen, dann ist es mir eine doppelte Freude, Sie hier will-

kommen zu heißen.“ Beifallendes Trampeln mit den Füßen und Pochen auf den Tischen gaben dem Direktor die Genugtuung, daß er seine Zuhörer richtig eingeschätzt hatte. Die gesellschaftliche Form verlangte es, daß einer der Doctoren einige Worte erwidern mußte. Im Namen seiner Kommilitonen dankte einer der Herren dem Direktor für den freundlichen Empfang, dankte für die lehrreichen Ausführungen, dankte für die Mühe, die man sich ihretwegen gemacht hatte, dankte nochmals und gab dann die Versicherung ab, daß er sich den Schlussworten des Herrn Direktors voll und ganz anschließen werde. Unter Beifallsklopfen atmeten die Studenten erleichtert auf, als die langweilige Rederei zu Ende war.

Darauf wurde die Schar in zwei Gruppen geteilt, die je von einem Ingenieur und dem Obersteiger geführt wurden. Voll Interesse schauten sich die Studenten die Anlagen an. Wie fein doch alles eingerichtet war! Und welch ein ruhiger herzlicher Ton herrschte zwischen den Vorgesetzten und den Arbeitern! Man konnte erstere kaum wieder. Nahte sich eine Gruppe, dann straffte der Steiger seine Haltung und auch der Vorarbeiter suchte sich größer und wichtiger zu machen als er war. Eine Schwelle, die den Herren im Wege lag, mußten die Arbeiter schnell wegräumen, es hätte eventuell einer von den Akademikern darüber fallen können. So studierten sie, wohlbehütet und geführt, den Braunkohlentagebau.

Ich lag gerade unter dem Bagger und schmierte ihn ab, als sich eine Gruppe nahte. Der Ingenieur gab Erläuterungen über Leistung und Konstruktion des Baggers. Da ich unter dem Bagger lag, bemerkten sie mich nicht. Dredig und speidig schlängelte ich mich darunter hervor und landete inmitten der davorstehenden Gruppe. Halb staunend, halb entsetzt guckten sie mich an und wichen schnell in angemessene Entfernung zurück, damit sie sich nicht an mir beschmutzten. „Schaut mich nur richtig

an“, sagte ich, „das ist die Rehrseite der Mustergrube.“ Einige schüttelten mit dem Kopf, als sie weiter zogen. Wahrscheinlich hatten meine Worte ihren Eindruck nicht verfehlt.

„Einhalten!“, rief der Ingenieur, als sie an den großen Abseher kamen. Klirrend verlangsamte sich der Gang des Ungetüms und der ohrenbetäubende Lärm machte einer friedlichen Stille Platz. „Meine Herren“, wandte sich der Ingenieur an die Studenten, „hier sehen Sie einen Abseher modernster Konstruktion. Durch ihn ist die manuelle Tätigkeit auf dem Abraum auf ein Minimum reduziert worden. Dabei arbeitet der Abseher schneller, exakter und sauberer, als es Menschenhände vermögen. Den Vorgang des Betriebes werde ich Ihnen jetzt anschaulich demonstrieren.“ Auf einen Wink setzte der Führer das Riesenwerk in Bewegung, während die Studenten wissbegierig dem Vorgang zusahen. Keinem fiel es ein, nach dem Zweck solcher gewaltigen Maschinen zu fragen, wenn unsere Wirtschaftsordnung dadurch nur einen Teil der Arbeiter brotlos macht.

Am Schluß der Besichtigung sahen die Herren wieder in der Kantine und ließen sich nach dem „anstrengenden“ Studium das Bier gut schmecken. Wieder bedankte sich ein Doktor für die lehrreiche Führung, während der Obersteiger und der Ingenieur bei der Nennung ihres Namens sich geschmeichelt verneigten. Die Seite aber, von der wir wünschen, daß sie studiert werden soll, haben die Akademiker nicht gesehen und wurden ihnen auch nicht gezeigt. Sie sahen die Maschinen, die Anlagen, aber nicht die Menschen, welche doch die Träger des Ganzen sind. Unsere abgenutzte Kleidung oder auch die Frühstückstullen des Kumpels hätten ihnen ein anschauliches Bild von dem Verhältnis Technik—Mensch gegeben. Ist das vielleicht nicht wert? Bitte schön meine Herren, ihr wollt Begleiter der Kultur sein? Was aber ist euer Studium, wenn es nicht seinen Weg zum Menschen findet? Sch.

33. Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 7. August bis 13. August 1932

Woche

Kameraden!

Jeder Arbeiter, der seinen Warenbedarf bei Anhängern der Privatwirtschaft deckt, unterstützt diese im Kampf gegen die Arbeiterklasse und damit gegen sich selbst.

Jeder gewerkschaftlich- und klassenbewußte Arbeiter ist deshalb unter Beachtung der Beschlüsse unserer Gewerkschaftskongresse verpflichtet, Mitglied der Konsumgenossenschaft zu werden und dort seine Waren zu kaufen.

Sozialpolitik aus aller Welt.

In Oesterreich steht die Arbeitslosenversicherung ebenfalls im Mittelpunkt der politischen Kämpfe. Es wurden von der Regierung Gesetzentwürfe über die Verlängerung der Krisenversicherung und über den freiwilligen Arbeitsdienst ausgearbeitet. Die Arbeiterkammern protestieren gegen die geplante Dauer der Verlängerung und die Beringfügigkeit des staatlichen Zuschusses für die Deckung des Fehlbetrages in der Krisenversicherung. Der freiwillige Arbeitsdienst ist grundsätzlich nur für gemeinnützige Arbeiten vorgesehen, die ohne die freiwillige Beteiligung weder gegenwärtig noch in absehbarer Zeit ausgeführt würden. Der Arbeitslose, der einen freiwilligen Arbeitsdienst leistet, soll die Arbeitslosenunterstützung bzw. die Notstandshilfe weiter erhalten. An Stelle der Unterstützung kann eine Pauschalvergütung an den gemeinnützigen Träger der Arbeit treten, die höchstens 2 Schilling pro Tag durch 30 Wochen betragen soll. Da die Herausnahme eines Teiles der Arbeiterschaft aus dem freien Arbeitsmarkt für die soziale Arbeitsverfassung und die kollektivvertragliche Lohnbildung eine Gefahr bedeutet, nahmen die Gewerkschaften gegen den freiwilligen Arbeitsdienst Stellung und verlangen an Stelle dieses Planes die Förderung der Siedlungsbewegung und die Ausdehnung der produktiven Arbeitslosenversicherung. Unternehmer und Nazis laufen gegen die Arbeitslosenversicherung der Angestellten Sturm. Obwohl eine geringfügige Beitragserhöhung zur Beseitigung des Defizits der Arbeitslosenversicherung genügen würde, will man absichtlich eine Defizitwirtschaft herbeiführen, um die Leistungen droffeln zu können.

Freie Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien forderten in der Tschechoslowakei die Errichtung eines Krisenfonds, der die Kosten der Arbeitslosenversicherung tragen soll. Infolge des Widerstandes der Agrarier konnte dieser Plan nicht durchgeführt werden. Mit einer einprozentigen Lohnabgabe, die an Stelle des Krisenfonds treten soll, kann die Arbeitslosenversicherung selbst in ihrer heutigen Form nicht aufrechterhalten werden. Die Krankenversicherung befindet sich in einer kritischen Lage. Trotz des erbitterten Widerstandes der sozialen Reaktionen sind einige Fortschritte zu verzeichnen. Die Sozialversicherung der Heimarbeitler erfährt eine Regelung. Durch ein Gesetz wurden 25 Berufskrankheiten den Betriebsunfällen gleichgesetzt. Die Berufsrankenkasse kann durch Verordnung ausgedehnt werden.

Im französischen Wahlkampf wurde die Sozialversicherung von ihren Gegnern einer scharfen Kritik unterzogen, aber ihre Abschaffung wurde nicht verlangt. Die Mitgliedschaft der Krankenkassen wächst noch immer an, eine weniger starke Entwicklung ist bei den Invaliden- und Altersversicherungskassen wahrzunehmen. Die französischen Ärzte befassten sich mit der Schaffung von Untersuchungsstellen für die Versicherten. Die Aufgabe dieser Stellen wäre die regelmäßige Untersuchung der Versicherten auf ihren Gesundheitszustand, um deren vorbeugend wirken zu können. In erster Linie will man die Tuberkulose bekämpfen, welche in Frankreich viel stärker wütet als in den Ländern, in denen die Sozialversicherung schon längst

eingeführt wurde. Mit Hilfe neuer gesetzlicher Maßnahmen wurde die produktive Arbeitslosenversicherung ausgebaut.

Die Arbeitslosenversicherung jener Arbeiter, die von den gewerkschaftlichen Versicherungseinrichtungen nicht erfasst werden, erleichtert eine neue Verordnung in Belgien. Durch Verordnung wurden auch die staatlichen Zuschüsse erweitert, die der freiwilligen Kranken- und Invalidenversicherung gewährt werden. Neben den Zuschüssen für die Grundleistungen der Hilfskassen werden unter gewissen Voraussetzungen Zuschüsse für Familienhilfe, Mutterschaftshilfe, Versicherung gegen Tuberkulose und für Invalidenrenten gegeben.

In Großbritannien nehmen die Gewerkschaften sehr scharf gegen die Bedürftigkeitsprüfung Stellung, die anlässlich des Abbaues der Arbeitslosenversicherung eingeführt wurde. Die Gewerkschaften bemängeln, daß für die Feststellung der Bedürftigkeit verschiedene Grundfälle angewendet werden und verlangen, daß gewerkschaftliche Unterstellungen bei Prüfung der Bedürftigkeit nicht berücksichtigt werden. Infolge der Kürzung der Unterstützungssätze, der Beitragserhöhung, der Bedürftigkeitsprüfung und der Abnahme der Arbeitslosigkeit sank erheblich der Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung.

Die Gärung in Südosteuropa fördert den Kampf für den Ausbau der Sozialversicherung. In Rumänien fordern die Gewerkschaften die Vereinheitlichung der Sozialversicherung, die in den verschiedenen Teilen des Landes völlig verschiedenartig geregelt wird, in Jugoslawien die Einführung der Arbeitslosenversicherung. In Bulgarien verordnete die Regierung, um den Fehlbetrag der Krankenversicherung zu beseitigen, eine Kontrolle des ärztlichen Dienstes, der auf der Grundlage der freien Arztwahl aufgebaut ist. Die Ärzte antworteten auf diese Maßnahmen mit dem Boykott der Sozialversicherung.

Im Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten wurde ein Gesetzentwurf eingereicht, der die Errichtung eines Altersversicherungsfonds plant. Dem Fond sollen 10 Millionen Dollar jährlich zugeführt werden; die Aufgabe des Fonds wäre die Zuschußleistung für die Altersversicherungen in den verbleibenden Einzelstaaten. In Chile, wo die obligatorische Sozialversicherung schon eingeführt ist, wurde eine größere Einheit in der Organisation geschaffen.

Auf dem Gebiete des internationalen Versicherungsgeschäftes sind auch einige Fortschritte festzustellen. Das belgisch-polnische Abkommen über die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung der Bergarbeiter ist für ungefähr 20 000 Polen, die in Belgien leben, von Bedeutung. Eine deutsch-tschechische Vereinbarung über die Krankenversicherung gewährleistet Gegenseitigkeit hinsichtlich der Krankenversicherung. Auf der 16. Internationalen Arbeitskonferenz wurde ein Fragebogen angenommen, der zur Vorbereitung der internationalen Regelung der Alters- und Invalidenversicherung dient. Mit der internationalen Verankerung der Alters- und Invalidenversicherung wird sich die nächste Arbeitskonferenz beschäftigen.

Die Jugend und ihre Zukunft im Bergbau.

Hierzu schreibt ein Kamerad: Nahezu eine Million arbeitsloser junger Menschen bis 21 Jahre zählte der verfloffene Winter. Wieviel ehrliches Streben, wieviel Arbeitswille ist da schuldlos brachgelegt. Wozu haben die jungen Leute gelernt, wenn keine Gelegenheit vorhanden ist, die erworbenen Fähigkeiten nützlich zu verwenden? Grau ist die Gegenwart und dunkel die Zukunft. Jugend aber ist die Zeit der Hoffnungen, das Lebensalter der Entfaltung, das seine Erfüllung in der Zukunft sieht. Wird der Jugend die Hoffnung genommen, dann geht ihr gerade das verloren, was ihren Halt ausmacht.

Die Jugend grübelt über die Ursachen, geht dabei in die Irre, weil der Jugend noch das objektive Denken fehlt. Die Fähigkeit entwickelt sich allmählich mit den Jahren und so kommt es, daß wir heute viele Proletariatskinder im Hitlerlager finden: dort hat man an das arbeitslose Gefühl appelliert und hat die jungen Herzen eingefangen. Auch die Kommunisten haben es verstanden, gefühlsmäßig die Jugend zu bearbeiten. Der Jugend etwas wirtschaftliches Denken beizubringen, hat man den Gewerkschaften und der SPD. überlassen. Hoffen wir, daß die Jugend bald in den Produktionsprozess hineinkommt, um sich ein selbständiges Urteil bilden zu können.

Viele jungen Leute, die im Betrieb sind, leiden genau unter dem heutigen Druck wie die Arbeitslosen. Wenn der Unternehmer draußen eine Arbeitslosenarmee hat, dann übt er einen starken Druck auf seine im Betrieb befindlichen Arbeiter aus. Selten mag heute ein Kumpel ein Widerwort gegen seine Peiniger zu geben. Die Drohung: „Beim nächsten Schuß sind Sie auch dabei!“, läßt ihn verstummen, zum willenlosen Werkzeug werden. Rindigen kann niemand mehr, der Hunger ist ein böser Gefährte. Ein Glück ist es, daß man uns noch Tariflöhne zahlen muß und diejenigen Arbeiter, die heute noch in der schweren Krise auf den Tarif schimpfen, machen es wider besseres Wissen oder sind dümmel als es die Polizei erlaubt.

Heute haben wir im Betrieb auch eine große Anzahl junger Leute, die die Bergschulen absolvierten. Man denke sich in die Seelen dieser Leute hinein. Sie haben die Jugend geopfert, haben viele Geldopfer bringen müssen und bleiben nun, mit ganz wenigen Ausnahmen, doch Arbeiter. Jedes Jahr kommen noch neue Opfer hinzu. Eine Steigerung aller Bergschulen würde in zehn Jahren noch keinen Stützermangel herbeiführen. Die meisten dieser Bergleute verrichten nur mit dem größten Widerwillen ihre Arbeit, was auch nach der Natur der Sache verständlich ist.

Im übrigen Tagesbetrieb findet man heute wenig Jugendliche. Die Britische Fabrik, die der Sohn des Bergmanns von früher Jugend kennt, ist geächtet; fast alles arbeitet nur mit Widerwillen darin. Auf der Bühne, wo früher Dutzende von Jugendlichen beschäftigt waren, sind heute nur einzelne. Die Mechanisierung hat alles umgestaltet. Die heute hier noch beschäftigt sind, müssen bei der Arbeit größte Aufmerksamkeit zeigen, sonst werden sie von allen Seiten bedroht von heranrollenden Förderwagen. In den Zehnbändern findet man auch einige Jugendliche, meistens sind jedoch diese Stellen von Unfall- oder Kriegsbeschädigten besetzt.

Die wichtigsten Betriebspunkte auf den größeren Schachtanlagen sind heute

die bergmännischen Lehrwerkstätten

für unseren Jugendaufwuchs. Es ist unbedingt notwendig, diesen Einrichtungen die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Jugendliche wird einer Aufnahmeprüfung unterzogen. Die Prüfung nimmt in der Regel ein Bergakademiker in folgender Weise vor: Mit der Uhr in der Hand wird die mündliche Anweisung gegeben, was der Prüfende machen soll. Diese mündliche Anweisung muß er wiederholen. Dann beginnt die Arbeit, auf einem Fragebogen wird alles genau notiert. Ein Beispiel: Es hängt ein Brett in etwa 3 Meter Höhe mit mehreren Nächern, wovon er eins zuzunageln hat. Ein Schranke mit Werkzeug ohne Hammer steht zur Verfügung, ebenfalls einige Nägel, damit er die notwendige Höhe erreichen kann. Zuletzt muß alles wieder aufgeräumt und eine Saubere längere Zeit gehalten werden.

Es ist also Kraft und Intelligenz erforderlich, um überhaupt im Bergbau unterzukommen. Zu jedermanns Ansicht hängt im Hauptgang eine Tafel, die Leistungs- und Betragensurkunden jedes einzelnen Jungbergmannes ersichtlich sind. Es wird in der Regel von diesen jungen Arbeitern viel verlangt. Aus Zuchtübungen, wie es Herr Böger im Anfang wollte, sind Gewinnbetriebe gemacht worden. Alles wird heute genau auskalkuliert.

Es kommt vor, daß 16jährige Jungen den ganzen Tag mit schweren Hämmern alte Förderwagen zerschlagen müssen. Andere wieder mit Schweiß- und Brennarbeiten sich die Gesundheit und das Augenlicht verderben. Meistens ist es für die Jugendlichen eine Dual, in diesen Unternwerkstätten beschäftigt zu werden; nur unter dem heutigen wirtschaftlichen Druck halten sich dort die Leute.

Einen Tag in der Woche bekommen die jungen Kameraden nicht bezahlt, an diesen Tagen wird Unterricht erteilt in bergmännischen Fächern und Turnen. Nach Feierabend wird oft geturnt, gespielt und für einen Teil Musikunterricht erteilt. Oft wird Sonntags ein Ausflug gemacht. Ein Turnverein ist gegründet, nach dessen Statut kein Jungbergmann einem anderen Verein beitreten darf. Wenn die jungen Leute 17 Jahre alt sind, kommen sie in der Regel in die Grube, gehören aber bis zum 21. Lebensjahr zur Unternwerkstatt und müssen an allen besonderen Veranstaltungen und der Turnerei teilnehmen. Eine zuchtähnliche Einrichtung, wie man sie schlimmer nicht ausdenken kann.

So will das Unternwerkstatt sich für die Jugendlichen entwickeln. Die Zukunft der Jugend steht im Bergbau auf dem Spiel; alle Kräfte müssen mobilisiert werden, um die Absicht der Unternehmer zu durchkreuzen und eine Erziehung und Heranbildung der Jugendlichen zu freien Arbeitern zu ermöglichen.

Darf der Mieter ohne Genehmigung des Vermieters flaggen?

In den jetzigen Zeiten, wo die Wogen des politischen Kampfes hoch gehen, dürfte es von Interesse sein, einmal die Frage zu prüfen, ob der Vermieter berechtigt ist, seinem Mieter zu verbieten, an seiner Wohnung zu flaggen.

Bei Beurteilung dieser Frage, die schon wiederholt die Gerichte beschäftigt hat, sind zwei Gesichtspunkte zu beachten, und zwar erstens das Recht des Mieters aus § 535 BGB. und zweitens das Recht des Vermieters aus Artikel 118 der Reichsverfassung.

Nach § 535 BGB. wird der Vermieter durch den Mietvertrag verpflichtet, dem Mieter den Gebrauch der vermieteten Sache während der Mietzeit zu gewähren. Die Hauptpflicht des Vermieters besteht demnach in der Gewährung des Gebrauchs der Mietsache, also des Gebrauchs der Wohnung. Das Reichsgericht hat schon in einer älteren, heute aber noch zutreffenden Entscheidung ausgeführt:

„Auch die eingetragene Nutzung einer Wohnung oder eines anderen Mietraums kann sich nicht auf den bloßen Aufenthalt oder das bloße Hineinstellen von Hausgerät beschränken. Daß Wände aufgemacht, Kronleuchter angehängt, Spiegel aufgehängt werden dürfen, gilt als selbstverständlich. Der Gebrauch des Mieters erstreckt sich aber notwendig auch auf die nicht unmittelbar gemieteten Räume: Flur, Treppe, Fassade.“

Nach dieser höchst richterlichen Feststellung erstreckt sich der Gebrauch des Mieters auch auf die Fassade. Somit ergibt sich das Recht des Mieters zum Flaggen aus § 535 BGB.

Dieses Recht ist aber auch begründet in Artikel 118 der Reichsverfassung. Danach hat jeder Deutsche das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern.

In zwei Prozessen, von denen der eine vor dem Amtsgericht Potsdam, der andere vor dem Landgericht Freiberg schwelte, hatte der Vermieter gegen den Mieter die Räumungsklage erhoben, weil der Mieter, trotz des Verbots des Vermieters, zum Fenster seiner Wohnung eine rote Fahne herausgehängt hatte.

Der Vermieter flüchtete sich durch diese Handlungsweise seines Mieters erheblich belästigt. Beide Gerichte haben aber die Klage kostenpflichtig abgewiesen und in der Begründung übereinstimmend ausgeführt, daß ein Flaggen in Farben, die nicht mit der politischen Gesinnung des Vermieters im Einklang stehen, nicht als erhebliche Belästigung angesehen werden kann. Das durch Artikel 118 der Reichsverfassung jedem deutschen Staatsbürger gewährleistete Recht der freien Meinungsäußerung umfaßt auch das Recht zum Aushängen von Fahnen. Eine Belästigung des Vermieters allein hierdurch kann schon deswegen nicht vorliegen, weil eine Belästigung eine besondere gegen den Vermieter unternommene Handlung zur Voraussetzung hat.

Durch ein Flaggen in einer dem Vermieter politisch nicht genehmen Farbe soll jedoch in der Regel nicht der Vermieter getroffen werden, sondern die Fahne wird zum Zeichen der eigenen politischen Gesinnung in einer der breiten, öffentlich zugänglichen Weise herausgehängt. Diese Frage ist nicht lediglich auf Grund des Eigentumsrechts des Vermieters zu beurteilen, sondern es handelt sich um die Frage des Rechts der freien Meinungsäußerung. Also Fahnen heraus!

P. Krautmann (Senftenberg).

Aus dem Ruhrrevier.

Ründigung des Mehrarbeitsabkommens.

Die Arbeiterorganisationen, soweit sie am Tarifvertrag für den Ruhrbergbau beteiligt sind, haben das Mehrarbeitsabkommen für den Ruhrbergbau gekündigt, das damit mit dem 30. September 1932 abläuft. In den Verhandlungen werden die Arbeitervertreter diese Maßnahmen begründen und Forderungen bezüglich Arbeitszeitverkürzung stellen, da dieselbe angesichts der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dringendes Gebot geworden ist.

Aus dem Saarrevier.

Die Sozialreaktionäre im Lager des saarländischen Unternehmertums.

Die Regierungskommission hat in einem Entwurf, welcher dem Landesrat zugeleitet wurde, betundet, daß sie neben den Verbrauchssteuern auch eine Erhöhung der Besitzsteuern gesetzlich regeln will. Die Organisationen der Unternehmer haben sich gegen eine Befragung des Besitzes sowie der Betriebe in mehreren Rundgebungen gewandt. Wir wollen das Recht der Unternehmer, sich gegen erhöhte Steuerzahlung zu wenden, nicht kritisieren, jedoch werden die Unternehmer Methoden an, die das Lebensinteresse großer Volksteile beeinträchtigen.

Seit Monaten sind es die Unternehmer, die die Regierung auf Herabsetzung der Unfallrente bombardieren. Der Ruhm der Papen-Schleicher in Deutschland, die Unfallrente gekürzt zu haben, läßt auch unsere „Sozialunternehmer“ im Saargebiet nicht schlafen. Sie sehen wohl im Saargebiet unter der Völkerbundregierung ebenfalls einen „Wohlfahrtsstaat“, der die erste Aufgabe hat, die Renten der im Betrieb verunglückten Menschen zu kürzen.

Der Syndikus des Unternehmertums, Herr Berggrat Lehmann, mag sich beruhigen, die Regierung wird noch die Forderung des Unternehmertums, wie sie dies bereits in der Vergangenheit getan hat, erfüllen. Nicht nur die Unfallrenten sind den Unternehmern im Saargebiet abbaureif; in einer Denkschrift an die Landesratsabgeordneten wird auch dem Abbau der Arbeitslosenbezüge das Wort erteilt. Vor wenigen Monaten hat die Regierungskommission, ebenfalls auf Treiben der Sozialreaktionäre, die Arbeitslosenfrage gekürzt. Nun erheben die Unternehmer erneut die Forderung auf Kürzung dieser Bezüge.

Wir wünschen, daß die Herren Syndikus und sonstige Anwälte der Unternehmer nur einmal ein Jahr von den Bezügen der arbeitslosen Menschen im Saargebiet existieren müßten, dann wären sie wohl für alle Zeit von ihren Forderungen auf Abbau dieser Einkommen geheilt. Wollen die Unternehmer die Regierung veranlassen, von der Besitzsteuer abzusehen, um dafür Unfallrenten und Arbeitslosenbezüge zu kürzen?

Wir sind gespannt, ob die Regierungskommission auf die reaktionären Wünsche des saarländischen Unternehmertums reagieren wird. Warum soll auch der halbe und ganze Millionär noch erhöhte Steuern zahlen, viel leichter können diese Mittel aus der großen Masse der Hungernden und Erwerbslosen genommen werden.

Wir warnen die Regierung, den Wünschen der Unternehmer nachzukommen und halten es für richtig, wenn sie ihre Steuern dort nimmt, wo noch etwas zu nehmen ist; und das scheint besonders noch bei den Direktorengelaltern der Industrie der Fall zu sein.

Auf dem Rücken der Bergarbeiter werden die Sozialausgaben der Regierungskommission gespart.

Die Bergarbeiterverbände haben vor Wochen bei der Regierungskommission beantragt, daß die Kurzarbeiterfürsorge in der Weise geändert werden soll, daß an Stelle der wöchentlich, die monatlich gefeierten Schichten zur Erfüllung der Wartzeit in Betracht kommen sollen. Bis heute hat die Regierung darauf nicht reagiert. Die Bergarbeiter haben im Monat 8 bis 9 Feiertagschichten, ohne daß die Kurzarbeiterfürsorge in Betracht kommt, da es die Grubenverwaltung versteht, wohl im stillen Einverständnis mit der Regierungskommission, die Feiertagschichten so zu legen, daß die Bergarbeiter nicht in den Genuß der Kurzarbeiterunterstützung gelangen. Die Bergarbeiter sind trotz ihrer wenig verfahrenen Schichten gut genug, um Steuern zu zahlen. Die Sozialgesetzgebung wird ihnen künftig vorenthalten.

Es ist Pflicht der Regierungskommission, die Gesetze für alle Staatsbürger gleich anzuwenden. Die Bergarbeiter zahlen an und für sich schon die Wirtschaftskrise mit einem Hungerlohn, die Pensionäre mit Hungerrenten.

Wir fragen die Regierung: Sollen die Bergarbeiter weiter in dieser Weise behandelt werden? Hoffentlich erkennt die Regierung den Ernst der Stunde und daß auch einmal bei dem freilebenden Bergkumpel, wenn alles auf seinem Rücken ausgetragen werden soll, die Geduld zu Ende geht.

Die Frankenhölzer Kameraden klagen an.

Die Belegschaft der Grube Frankenhölz hat in einer Versammlung zu den Verhältnissen im Betriebe Stellung genommen und erklärt dazu folgendes:

„Am Monat März dieses Jahres hat die Verwaltung der Grube Frankenhölz, unter Ausnutzung der ungünstigen Wirtschaftslage im Bergbau, einen Lohnabbau aus der Belegschaft herausgedrückt. Die Feiertagschichten sollten „geschränkt“ werden. Trotzdem wurden in den letzten Monaten zahlreiche Schichten gefeiert, die Gebühre reduziert, teilweise bis auf 3,20 Fr. pro Tonne. Französische und deutsche Beamte leisteten sich der Belegschaft gegenüber Maßnahmen, wie sie Sklaven nicht schämmer

geboren werden können. Ohne Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften muß gearbeitet werden. Selbst bei Hergabe der letzten Kräfte zur Erreichung der geforderten Leistung werden den Kameradschaften am Schichtende doch noch mehrere Zehntel an der Schicht gestrichen. Hat eine Kameradschaft nicht ihr diktierendes „Soll“ erreicht, so streicht der Steiger die Schichten, ohne zu wissen und angeben zu können, was die Leute gearbeitet haben.

Die Belegschaft fordert daher die Herstellung der Vohngleichheit mit den übrigen Gruben des Saargebietes wie früher.

Sie fordert weiter, daß von der Verwaltung jede Maßnahme unterbleibt, die ein Arbeiten entgegen den bergpolizeilichen Bestimmungen verlangt. Sie verlangt Schutz vor Entlassung für diejenigen Arbeiter, die sich gegen eine Entrechnung beschwerten.

Sie fordert für ihre schwere und unmensliche Arbeit einen vollen und gerechten Lohn und eine anständige Behandlung.

In ihrer Abwehr steht die Belegschaft, wie die Versammlung zeigt, jederzeit geschlossen hinter ihren Tariforganisationen.

Von den anwesenden Organisationsvertretern Berg und Thiel forderte die Versammlung sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der Direktion. Der einzige, auf der Grube vorhandene R.D.O.-Sicherheitsmann Jung konnte in der Diskussion auch weiter nichts vorbringen als Befehle. Er kritisierte den Lohnabbau vom Frühjahr, ohne jedoch sagen zu können, wo damals der Einheitsverband (R.D.O.) gesteckt hat. Nach seiner Meinung muß die Arbeiterchaft für die Erreichung besserer Lebensbedingungen zu einem einheitlichen Block zusammengeschweißt werden, weshalb er es vorgezogen hat, eine Splittergruppe, genannt „Einheitsverband“, aufzurichten.

Für die Verwaltung der Grube Frankenhof und auch für die Öffentlichkeit des Hohenberggebietes zeigte die Versammlung, daß die Belegschaft den heutigen Terror nicht duldet. Sie wird auf Grube Frankenhof einig und geschlossen den Willkürmaßnahmen gegenüberreten.

Der R.D.O.-Einheits"Ironischwindel."

Der kommunistischen Partei ist jedes Mittel recht, die politische Situation zu ihren Parteizwecken auszunutzen. Ihr neuester Schlagert ist die Einheitsfront. Einheitsfront, die sie meinen. Und die R.D.O. meint unter Einheitsfront, daß alle Arbeiter sich hinter die „glorreiche“ Führung ihrer Partei und der bankrotteten R.D.O. stellen sollen.

Einheitsfront! Welch herrlicher Gedanke. Doch um ihn zur Tat werden zu lassen, ist erste Voraussetzung: Einstellung des Kampfes gegen die Sozialdemokraten, Einstellung der Zersplitterung der Gewerkschaften durch die R.D.O.

Solange das nicht geschieht, solange ist die Forderung einer Einheitsfront eine kommunistische politische Unehrllichkeit.

Solche politische Unehrllichkeit offenbart auch die R.D.O. im Saargebiet. In der Nummer 135 der „Arbeiter-Zeitung“ und in einem Flugblatt: „Saarbergarbeiter, schreiet zum Angriff“ hat man neben einer Anzahl von R.D.O.-Funktionären auch die Namen von Mitgliedern des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter mißbraucht, um die kommunistischen Geschäfte zu befördern. Der Einheitsfrontgeist der R.D.O. kommt auch in diesem Artikel und Flugblatt in der Form zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften nach kommunistischer Art verleumdet werden. Die nachstehende Erklärung zeigt die Wacker der Einheitsfront im rechten Licht:

„Unterszeichnete erklären hiermit, daß sie ihre Unterschrift zu dem in der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ erschienenen Aufruf „Saarbergarbeiter, schreiet zum Angriff“ sowie zu dem als Flugblatt gedruckten Artikel desselben Inhaltes nicht gegeben haben.“

Wlfons Schneider, Zahlstellenvorsitzender (Hooß), Philipp Schroer, Zahlstellenvorsitzender (Miesau), Wilhelm Keller, Zahlstellenvorsitzender (Marth), Jakob Rehlinger, Knappchaftsältester (Großrosseln), Konrad Ulrich, Knappchaftsältester (Ludweiler).

Die gleiche Erklärung gaben ab: Karl Weyrich, Knappchaftsältester (Neunkirchen); Dominik Bodewin, Arbeiterauschußmitglied (Oberböllingen); Johann Scheer, Knappchaftsältester (Oberlörchen); Philipp Brigiuis, Zahlstellenvorsitzender (Wöllingen).

Bergarbeiter! Euer Interesse mahlt der Verband der Bergbauindustriearbeiter! Eure Einheitsfront ist die „Eiserne Front“ gegen den schwarz-weiß-roten und blau-weiß-roten Faschismus!

Eine Verleumdung gegen einen Verbandsfunktionär erledigt.

Im Juli v. J. hat in Mettenkirchen (Pfalz) ein Häuflein Kommunisten geglaubt, daß es die Parole der „Einheitsfront“ und die Befehle ihrer Parteiführung erfordern, unsere dortige Zahlstelle zu spalten. Jedoch nicht einmal die eigenen Parteigenossen sind ihnen alle gefolgt und so kam es, daß die Zahlstelle unseres Verbandes auch heute noch mit weit über 100 Mitgliedern in Mettenkirchen besteht. Der einzige Erfolg blieb eine Anzahl Unorganistierter.

Anlässlich einer damals von der Bezirksleitung abgehaltenen Versammlung, in der Kamerad Ernst Hetterich als erster Vorsitzender emgehelt wurde, hatte der Anhänger der R.D.O., Heinrich Blauth (Websweilerhof), unter Zeugen ausgesagt: „Der Hetterich hat auf Grube Frankenhof zwei Mann die Abwehr verschafft.“

Gegen diese Verleumdung hat Hetterich sofort Klage erhoben, die jedoch nicht zugelassen werden konnte, da Blauth inzwischen auf Wanderschaft abgerückt war. Nach seiner vor einigen Wochen erfolgten Rückkehr wurde die Sache wieder aufgenommen. Blauth unterschrieb einen Vergleich, wonach er die gemachten beleidigenden Äußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns reumütig zurücknehme und Hetterich nicht nachsagen könne, daß er zwei Mann die Abwehr verschafft habe. Die Kosten für eine öffentliche Zurücknahme der Beleidigung wurden Blauth wegen seiner Arbeitslosigkeit erpart.

Damit ist wieder einmal gezeigt, wie unsere Funktionäre im Spaltungskampf der R.D.O. von deren Anhängern ohne Grund und Ursache verleumdet werden.

Rechtshuberfolge des Bezirks Waldenburg im 2. Vierteljahr 1932.

Wie der Rechtsschutz der Organisation für die Mitglieder derselben ist, geht aus folgender Aufstellung hervor:

Im 2. Vierteljahr wurden vor den Arbeitsgerichts-, Sozialversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbehörden 108 Fälle vertreten. Diese brachten eine Erfolgsumme von 21 769,10 M.

Aus dieser Zahl ist zu ersehen, wie wichtig gerade dieses Gebiet in der jetzigen Zeit der Wirtschaftskrise für unsere Kameraden ist.

Die Volksfürsorge im ersten Halbjahr 1932.

Bei der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft wurden im ersten Halbjahr 1932 86 523 Anträge auf Abschluß von Volks- und Lebensversicherungen eingereicht; außerdem haben 80 167 Versicherte einen Antrag auf Gewährung einer Sterbegeldversicherung für arbeitslose Versicherungsnehmer (Erfahrversicherung) gestellt.

Der Antragseingang entspricht unter Berücksichtigung der außerordentlich ungünstigen Auswirkungen der herrschenden Krise durchaus den gestellten Erwartungen, und zwar um so mehr, als vorwiegend diejenigen Bevölkerungskreise, die das Kontingent der Gesellschaft darstellen, von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation am stärksten betroffen werden.

Es ist ferner sehr erfreulich, daß 24 577 Versicherungsnehmer die Wiederintraffung ihrer Versicherung, die sich durch die Einstellung der Prämienzahlung nach Ablauf des ersten Versicherungsjahres automatisch in eine prämiensfreie umgewandelt hatte, beantragt und infolgedessen das frühere Vertragsverhältnis, d. h. also, den Versicherungsschutz in der ursprünglichen Höhe wieder hergestellt haben.

Die Wiederintraffung einer Versicherung ist jedoch nur dann möglich, wenn der Versicherungsnehmer die Versicherung als prämiensfreie bestehen läßt, nicht aber, wenn er, — wie dies leider allzuoft geschieht — die Auflösung des Versicherungsvertrages durch Kündigung vornimmt; denn hierdurch erleidet er nicht nur einen erheblichen finanziellen Verlust, sondern verzichtet auch freiwillig auf die durch den Vertrag erworbenen Rechte, für deren Wahrung gerade in der jetzigen Zeit unbedingt Sorge getragen werden sollte.

UNSERE TOTEN

Herne III: Martin Baer, seit 1903 organisiert. — Ham-Rollberg: Joh. Rohmann, seit 1902 organisiert. — Sinje Heinrich Riering, Mitglied seit 1902.

Ehre ihrem Andenken!

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co. Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Das Reichstnappchaftsgesetz mit Kommentar. Rechtsanw. Dr. Mansfeld und Gerichtsassessor Dr. Pohle haben sich Mühe unterzogen, das Reichstnappchaftsgesetz nebst Kommentar nach dem neuesten Stand herauszugeben. Der Stoff ist in dem umfangreichen Wert, es umfaßt 900 Seiten, klar und übersichtlich gestaltet. Die gesamte Rechtsprechung ist allgemein berücksichtigt und erläutert dargelegt. Die Erläuterungen erstrecken sich auf die jeweils anwendbaren Bestimmungen anderer einschlägiger Gesetze der R.D.O. Besonders vorteilhaft ist, daß sehr oft auf einschlägige Literatur verwiesen wird. Wenn wir auch nicht auf Darlegungen restlos anerkennen und zu manchen Dingen eine andere Meinung haben, so ist doch anzuerkennen, daß das Werk ein besonders geeigneter Ratgeber für den Praktiker ist. Es ist jedem, der sich mit dem Knappchaftswesen beschäftigen muß, zu empfehlen. Verlag: J. Bensheimer (Mannheim, Berlin, Leipzig). In Ganzleinen gebunden 40 Mark.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Mit Beilage „Sozialökonomische Rundschau“. Herausgegeben von Karl Zwing, Jen. Juliheft 1932. Verlag Karl Zwing, Verlagbuchhandlung, Jen. Vierteljahresabonnement 3,60 M.

„13 Jahre „republikanische“ Justiz.“ Von Kurt Grobmann. Verlagsgesellschaft des DGB, Berlin. Preis 50 Pf. — In Hand aller politisch interessanten Prozesse des letzten Jahrzehnts legt Grobmann in diesem Büchlein den reaktionären Gehalt in der deutschen Justiz dar, der alles andere als republikanische Gesinnung und Denkwiese unter den deutschen Richtern vertritt. Jedem, der für das Gebiet der politischen Rechtsprechung in dem neuen Deutschland Interesse hat, ist dieses Büchlein zu empfehlen.

Verbandsnachrichten

Auszahlung von Unterstfütungen. Eichlinghofen. Für Kurzarbeiterunterstützung muß der Feiertagschein bis zum 15. jeden Monats abgegeben werden, andernfalls die Unterstützung erst im folgenden Monat ausbezahlt wird.

Knappchaftsältestenkommission Gelsenkirchen. Sonntag, den 14. August, vormittags 9 1/2 Uhr, findet unter Quartalsitzung statt. Da die Quartalsitzung gleichzeitig als Ausflug geplant ist, kommen wir im Lokal Hecheljer in Schermbeck a. d. Lippe zusammen.

Schluss des redaktionellen Teils.

Neues vom Radlicht. Zu den größten Fortschritten auf dem Gebiete der Fahrradbeleuchtung gehört das elektrische BOSCH-Radlicht. Eine kleine, an Vorder- oder Hinterrad des Fahrrads angebrachte Lichtmaschine speist während der Fahrt den hahhigen, innen beschichteten Scheinwerfer, der das Licht 15 bis 20 Meter weit wirft. Der besondere Vorzug des BOSCH-Radlichtes besteht nicht nur darin, daß es auch bei langsamem Fahrt einen starken Schein erzeugt, sondern daß es ohne jede Wartung und unabhängig von Wind und Wetter arbeitet und jederzeit bereit ist.

Ein verchromtes Fahrrad bringen die Mielewerke seit einigen Monaten unter der Bezeichnung „Miele-Melior-Chrom“ in der Preisliste von M. 81,00 auf den Markt. Dieser erstaunlich niedrige Preis für ein verchromtes Marken-Fahrrad bei Verwendung erstklassiger Materialien (Torpedo-Freilaufnabe, gelbte Rahmen, gelbe Zettlager usw.) ist nur durch die Ausnutzung vollkommener Fabrikationsmethoden möglich geworden. Für das Miele-Melior-Chrom-Fahrrad, das auch mit Ballonreifen geliefert werden kann, übernehmen die Mielewerke die übliche Garantie.

Die Wirkung des Fogal. Unser Vorschlag ist nicht nur an schmerzstillenden Mitteln. Die stets wiederkehrende Frage der Verate ist aber, ob die gebrauchlichen Mittel unangenehme Nebenwirkungen und Nachwirkungen haben. Dies konnte bei Fogal bei der Erprobung festgestellt werden, wenn es vorschriftsmäßig eingenommen wurde. Da es überdies prompt wirkt, dürfte es von allgemeinem Interesse sein, auf das Präparat hinzuweisen.



Die ideale Lösung!

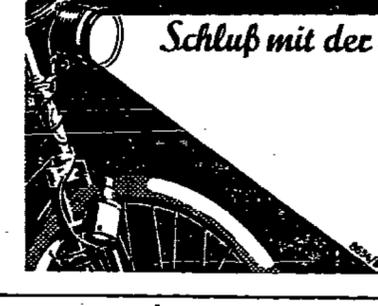
Das Getränk für jede Jahreszeit ist **GEG-MALZKAFFEE**. Er wird an heißen Tagen kalt, an kalten Tagen warm genossen, schmeckt immer herzhaft und ist billig.

Nur in Ihrem Konsumverein!

Konkurrenzlos herabgesetzte Preise! Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!

Vertrauliches, best-reelles christliches Haus!

Wenzel Fremuth, Deschenitz 138.



Schluss mit der alten Lampe!

Sie brauchen sich nicht mehr der Gefahr auszusetzen, in der Dunkelheit zu stehen, weil Ihre alte Lampe den Weg nicht genügend erhellt. BOSCH hat ein elektrisches Radlicht für Sie geschaffen, das nur einmalig RM. 12,50 bei der Anschaffung kostet. Es braucht keinen Unterhalt, keine Pflege, es kostet keinen Betriebsstoff und mancher Arbeiter bleibt Ihnen erspart. Ein Druck auf den Knopf und helles, weit reichendes Licht erstrahlt. Jeder gute Händler zeigt Ihnen die verschiedenen Ausführungen des elektrischen Radlichts von

BOSCH

Miele



Melior-Chrom-Fahrrad von RM. 81.- an.

das leichtlaufende Markenrad

Zu haben in den Fahrradhandlungen

Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.

Stoffe direkt an Private. 500 mod. Muster I. Anzüge, Mäntel usw. Rein Kammg. 6,80 Mk. Streichgarn 3,90 Mark. Muster kostenlos. Sie werden staunen!

Tuch Wimpfheimer, Augsburg 157.

Aufruf! Für am 24. Mai 1919 von Oelsitz/E. nach Weiskalen abgemeldete Bergarbeiter Comrad Walter Schmidt, geboren am 21. 12. 1898 in Ehemun, wird in einer Nachschau als Erbe genannt und um eine genaue Klärung gebeten.

Kontakthier: Franz Nicks, Chemnitz, Hagelburger Str. 2

Fastenwagen Preisliste frei! 100 cm lg. M. 23.- frank. Prima Eschenpeichen. Alois Abel, Borsch-Geisa (Rhein)



Togal-Tabletten

haben sich hervorragend bewährt bei

Rheuma / Gicht Nerven-Schmerzen Ischias, Hexenschuß und Erkältungskrankheiten.

Löst die Harnsäure und ist stark bakterientötend. Über 6000 Arztgutachten! Vollkommen unschädlich! Frag Sie Ihr Arzt. Ein Versuch überzeugt! In all. Apoth. Ermäßig. Preis M. 1.25. Togal! 12,6Lith., 0,48Chin., 74,3Acid. acer. sal.

Inferate haben stets Erfolg!

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gutfüllende Sorten.

1. Stilo: graue gefüllte M. 2,50, halbweiße M. 3, —, weiße M. 4, —, beste M. 5, —, u. 6, —, baumwollene M. 7, —, u. 8, —, beste Sorte M. 10, —, u. 12, —, weiße ungefüllte M. 6,50 u. 7,50, beste Sorte M. 9,50

Verband portofrei, polizei, gegen Nachnahme. Käufer frei Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachfel, Lobes 209 bei Pilsen in Böhmen.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre

Gute Taschenuhr nur M. 1,80

Febr. P. Hoyer, Delitzsch 79 Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4 sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten! Ferner prima BETT-INLETT Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Probe und Preisliste umsonst und portofrei!

Drucksachen

Jeder Art für unsere Zahlstellen sowie für Vereine liefert preiswert unsere Druckerei

H. Hansmann & Co., Bochum.